

WILLOW

Halbmonatschrift für den gesamten Osten

Mitbegründer: Dr. Franz Lüdke. Verlag Bund Deutscher Osten e. V., Berlin W 30.

Erscheint monatlich zweimal. Bezug: Durch die Post vierteljährlich 0,90 RM. Einzelnummer 20 Pf. und 5 Pf. Postgebühr. Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der 4 gespaltenen Zeile 45 Pf.

Nr. 2.

Berlin, 15. Januar 1935.

16. Jahrg.

Inhalt: S. 18: Offiziere als Komödianten. — S. 15: Die vorläufige Rasse in Polen. — Der Ausbau der Danzig-polnischen Beziehungen. — S. 17: Die Polener in Ostpreußen. — S. 19: Gedächtnis über den politischen Aufwand in Berlin. — S. 18: Ostland-Gesamt. — S. 21: Die Verlebendigung Ostpreußens. — S. 22: Bevölkerung Ostpreußens. — Die Gebiete in Ostpreußen. — S. 23: Ein deutscher Ober bei Warschau. — S. 24: Ostpreußen und den Bergbauern Ostpreußens. — Bilder.

Wir grüßen das ins Reich heimkehrende Land an der Saar und denken an das um sein Recht ringende Memelgebiet.

Offiziere als Komödianten.

Am 7. Januar wurde im Kauener Memelprozess die Vernehmung der 126 Angeklagten beendet. Sämtliche Beklagten haben sich als unschuldig bezeichnet. Eine ganze Reihe von ihnen hat die Gefängnisse, zu denen sie bei der Vernehmung durch die Polizei durch Mißhandlungen und Drohungen gezwungen worden waren, widerrufen. Der Angeklagte Molinnus, der den Litauern als Kronzeuge dient, hat sich als itaustauf der Spigel erweist. Adam Molinnus, 37 Jahre alt, geboren in Rantonnien, Kreis Proekelis im Memelgebiet, war Kommandant im Memeler Büro der Sozialistischen Volksgemeinschaft. Er hat den Litauern alles gesagt, was sie brauchten, um daraus ein Anklageschrift von einigen hundert Seiten zusammenzubrauen. Dr. Neumann der Leiter der Saal, war schon, als die Partei noch nicht verboten war, vornehmlich vor diesem Mann gewarnt worden. Er hatte die Entfernung des Molinnus aus dem Amt, das diesem jeden Einblick in die Tätigkeit der Saal gewährte, jedoch stets als überflüssig abgelehnt, da es in der Partei nichts gab, was von ernstlichen Menschen als staatsgefährdend angesehen werden konnte und darüber den litauischen Behörden verborgen bleiben mußte. Dr. Neumann erklärte vor Gericht, Molinnus habe stets alle seine, des Parteiführers, Aufstellungen und Auffträge ordnungsgemäß und ohne Widerrede erfüllt. Nur ein einziges Mal habe Molinnus die Ausführung eines Auftrages verweigert, als er nämlich von Dr. Neumann den Auftrag erhielt, in der Partei ein Mitglied zu ersetzen, deren Bürochef er war, ein Dokument mit einer Aufforderung anzubringen, durch die Spigel und Denunzianten als moralisch minderwertig gekennzeichnet wurden...

Von allen danach befragten Angeklagten (außer Molinnus) wurde die Abhängigkeit der Ehrlichen - Sozialistischen Arbeitergemeinschaft und der Sozialistischen Volksgemeinschaft von der NSDAP im Reich ohne Vorbehalt bestritten. Aus dem Ausgange ergab sich über die Vorbereitung der verantwortlichen Stellen der NSDAP in die beiden memelländischen Parteien zu geben oder einen Silber zu erkennen. Daß sich die Presse im Reich, vor allem in Ostpreußen mit dem überaus strengen Streik zwischen den beiden Parteien zeitweilig eingehend befaßt und dabei gelegentlich auch für die eine oder die andere Gruppe Sympathien erteilt hat, ist dem lebhaftesten Interesse, mit dem die Öffentlichkeit allgemein in die Vorgänge unter den deutschen Volksgenossen vor den Grenzen verfaßt, nur allzu begründet. Eine Abhängigkeit der Parteien von der NSDAP läßt sich aus solchen Erscheinungen jedoch beim besten Willen nicht konstruieren.

Besonders interessant hat das Kauener Kriegsgericht für die sogenannten „S. R.“ bekundet. In der Anklageschrift für die SA als „Sturmkolonnen“ bezeichnet. An Wirklichkeit werden diese SA als „Stammeskrieger“ gebandelt, um Jugendgruppen, die sie sich um und in Sammlungen, Eisenkreuzler, Wandervereine, verschiedener Art die jüngst lebend seit Jahren bestanden hatten, sich im Jahre 1933 oder für die niedere Parteifunktion, Zeitung- und Zettel-

auszutragen, Ordnungsdienst bei Versammlungen und derartiges zur Verfügung stellten. Mit der SA oder irgendwelchen Militärähnlichen haben diese nur lose zusammengehörten, um Sport zu treiben, die feinerseit ins Leben gerufen worden waren, „kämpfen“, wirklich nichts zu tun gehabt. Und die Richter, die durchweg ältere Offiziere sind, mögen sich im Stillen die wohl selber recht lächerlich vorkommen, wenn ihnen die litauische „Staatsraison“ in diesem Prozeß anbietet, diese 16- oder 18-jährigen Jungen, aus denen sich die „Stammeskrieger“ zusammengeleitet haben und die jetzt vor Gericht stehen, als „Staatsgefährlich“ anzusehen. Die litauische Regierung hatte das „Waffenlager“, das ihre Polizei bei den Hundegruppen in Hantschungen im Memelland gesammelt hatte, photographieren lassen und die Bilder an die Vertreter der Memellandarmeen verteilt. Daß es sich bei diesen „Waffenlagern“ der deutschen Memelländer verteilt. Daß es sich bei diesen Waffen zum großen Teil um alte, unbrauchbar gemordene Gewehre und Pistolen, zu denen überdies keine passende Munition mehr da war, handelte, daß sich Erinnerungssstücke an gefallene Angehörige darunter befanden, und daß fast sämtliche Waffenbesitzer die erst vornehmlich, vom litauischen Kommandanten selber ausgesprochenen Ausweise besaßen, das war auf den Photos selbstverständlich nicht zu erkennen und nicht bemerkt worden.

So unerfreulich die ganze Situation der Angeklagten ist, manche von ihnen konnten doch nicht umhin, über die Spektakelhaftigkeit der derzeitigen Machthaber Litauens in ihrer Person zu denken oder aber bitter-spöttischen Bemerkungen zu machen. Was Neumann nicht und vernünftig denkbarer Mensch wohl von diesen Saalern in der Anklageschrift Litauens in ihren eigenen Mäulern deren Führung zwecks Vorbereitung eines bewaffneten Aufstandes vorzuführen vermag, der im Felde den rechten Rücken gestrichelt hat, am linken Bein vermundet wurde, einen Degenstich erlitten und später noch einige Rippen gebrochen hat, wie mögen sich die Offiziere gefühlt haben, als sich dieser Schwertkriegererfolge mit bitterem Spott an sie wandte: Sie sollten ihn ansehen und dann selber beurteilen, was für ein „Aufständischer“ er wäre! Bei einigen dieser gefährlichen Sturmkolonnen ist festgehalten worden, daß ihnen auch die nette „nationalsozialistische“ Gruppennummer gewesen ist. Wie die „nationalsozialistischen“ Sturmtruppen“ gewesen ist. Wie die den Anklageschriftern nachgelagert werden, das wurde z. B. von dem Angeklagten Kaufmann Schüller aus Enskagen bestritten: Es hat sich bei seiner angeblichen „Sturmkolonne“ um einen Sportheubehälter und dergleichen gefunden; und Lärbelnd gab der Angeklagte zu, den Mitgliedern seiner Gruppe „nationalistische“ Kommandos, 1, 2, 3, ..., 1, 2, 3, ... gegeben zu haben, denn er habe seinen Freunden auch als „Ehrenführer“ gedient.

Der deutsche Osten an die deutsche Saar.

Zur Abhaltung am 13. Januar hatte der deutsche Osten der Volksgruppen in der Saar ein Schlußkommuniqué mit Freun gebracht. Der VDO, hatte folgende Grüße gesandt:

Die Bevölkerung Ostpreußens, eingedenk ihres überwältigenden Abstammungsieges im Jahre 1920, entbietet in enger Verbundenheit mit 13. Januar 1935 den Vätern an der Saar treudeutsche Grüße. Wir wissen, daß das Saarvolk an seinem Schicksalstage fest zu Führer und Reich stehen wird.

VDO Landesgruppe Ostpreußen.

VDA Landesverband Ostpreußen.

Dr. Oberländer.

Immer hat es sich wieder herausgestellt, daß sich die Anklage in ihrer Behauptung, daß ein militärischer Aufwand beabsichtigt gewesen sei, ausschließlich auf mehr oder weniger phantastische Gerüchte gestützt hat, die in hundert Variationen das Memelland durchdringen und die Köpfe der litauischen Politiker und Volksführer verirrten. Immer wieder hat es sich bei der Vernehmung der Angeklagten gezeigt, daß leichtsinnige und aus der Luft gegriffene Äußerungen ganz unmaßgeblicher Leute dazu geführt haben, daß sich bei manchen litauischen Stellen die fixe Idee von einem geplanten Einmarsch der SA festgesetzt hat. Es gibt immer und überall Leute, die „das Gras wachsen hören“, denen es Spott macht, mit „Dingen, von denen sie keine Ahnung haben, zu rekonstruieren und „liebe Nachbarn“ mit irgendeiner „Prognose ins Hochschorn zu legen.“ Daß die emigrierten Exponenten der Litauer aus solchen belanglosen Alltagsigkeiten hereinfallen konnten, spricht nicht für die Sauberkeit ihres politischen Gewissens. Ein Angeklagter hat dem Gericht auf die Frage, ob er etwas von einem geplanten Einmarsch der SA gehört habe, die durchaus passende Antwort gegeben: Er habe wohl von solchen Gerüchten gehört; aber er habe auch davon gehört, daß die litauischen roten Kurlanden demnächst nach Königsberg marschieren werden. Er habe das eine Gerücht für ebenso lächerlich wie das andere gehalten.

Wie schon gesagt, ist die Tatsache, das eine ganze Anzahl von Angeklagten bei ihren Vernehmungen durch die Polizei und den Untersuchungsrichter besaßen Aussagen gemacht haben, darauf zurückzuführen, daß sie von den rechtshörenden litauischen Beamten nicht behandelt und bedroht worden sind. Vor Gericht haben sie in dem diesbezüglichen Geständnisse widerrufen und, soweit sie vom Vorsitzenden daran nicht gebindert wurden, die Folterungen, denen sie ausgesetzt waren, beschrieben. Neben zahlreichen anderen erklärte z. B. der Angeklagte Gutschewitz Horn, daß er gegen die in seiner Art der Verurteilung durch den Untersuchungsrichter Protest einlegen müsse. Obwohl er dem Untersuchungsrichter ein ärztliches Attest über sein Kerkerverbleiben vorgelegt habe, sei er von diesem mit Standgericht und Erschießens bedroht worden, wenn er sich weigere, die gewünschten Aussagen zu machen. Durch die gegen ihn erwiderten falschen Beschuldigungen sei nicht nur er selbst zusammengebrochen, sondern die leidlich Depression habe seinen Vater zu Selbstmord getrieben. Auch sei durch die unangenehme Umgebungsbedingung, die in finanziellen Schicksalen mit wirtschaftlich ruiniert, sein Grundbesitz habe nur der Zwangsverwertung. Der Angeklagte Gottschalk sagt aus: Er wurde in Gegenwart des Untersuchungsrichters zweimal von Polizeibeamten zu Boden geschlagen. Der Angeklagte Lepa berichtet: Bei der Untersuchung sei er gefesselt worden, und er habe auch mit gefesselten Händen das Protokoll unterschreiben müssen. Wiederholt seien von Untersuchungsrichter Drohungen gegen ihn ausgesprochen worden. Der Angeklagte Jakschak erklärt: Seine Aussagen in der Vernehmung haben durch unangenehme Mißhandlungen erzwungen worden. Der Angeklagte Wassonogai wiederholt vor Gericht alle seine „Geständnisse“ aus der Vorunterladung: Er sei gefesselt und mit Erschießens bedroht worden; der Staatsanwalt habe ihm auf seine Verweigerung über die erlittenen Mißhandlungen erklärt: „Sie haben noch zu wenig bekommen.“ Als der Vorsitzende des Gerichtes ihn fragte, woher er die Phantasien habe, die er mit der Vorunterladung ausgesagt habe, antwortete er: „Die sind unter der Polizei eingeschlagen worden. Ich habe die Angeklagten über Mißhandlungen zum Vernehmen verlangt wurde.“ Ähnliche Berichte über Mißhandlungen usw. können bei den anderen Angeklagten vor Gericht. Dieses hält es nicht für nötig, auf die Beschwerden der Angeklagten einzugehen. Wenn einer der Beschuldigten eingehender berichten oder einer der Verteidiger bestimmte Einzelheiten über die an den Gefangenenmißhandlungen beteiligten Beamten feststellen will, wird ihm vom Vorsitzenden kurzweilig das Wort entzogen.

Man kann auf Grund der Anklageschrift und der Vernehmungen der Angeklagten wahrhaftig nicht feststellen, daß für die litauischen Be-

Der Bund Deutscher Osten und im Reichsbund ostdeutscher Heimatverbände zusammengeschlossenen Verbände der heimatreuen Ost- und Westpreußen, Posen und Schlesier gedenken am 13. Januar ihrer Brüder an der Saar und sind gewiß, daß nach dem Siege in Ostpreußen, Westpreußen und Oberschlesien auch die letzte der dem deutschen Volke durch die Pariser Vorortverträge auferlegten Abstimmlungen ein treues Bekenntnis zum Führer und zum Reich sein wird.

Bund Deutscher Osten.

Reichsbund ostdeutscher Heimatverbände.

Dr. Oberländer.

hauptungen über die staatsfeindlichen Umtriebe der deutschen Parteien irgendeine stichhaltigen Beweise vorliegen. Um so vermerkwürdlicher ist es, was alles in der ausländischen Presse, nicht nur in der litauischen Presse über den Verlauf des Rauner Prozesses veröffentlicht worden ist. Wahre Schauermärchen von regelrechten Manövern mit Schützengraben, Mächtigengewehren und dergleichen werden in dieser Presse verbreitet. Man greift aber sofort, wie so etwas möglich ist, wenn man weiß, daß es kaum ein Blatt in England, Frankreich, in der Schweiz und in den anderen Ländern gibt, das seine eigenen Berichtstatter zum Prozeß nach Raunen geschickt hat. Soll ausnahmslos lassen sich alle diese Blätter durch selbstliche oder litauische, in Raunen an ständige Berichtstatter vertreten. Daß das stichhaltige Reportergesindel und die schamlosesten Intelligenzlinge wenig Wert auf unabhängige Berichtstatter legen, daß es ihnen nur darauf ankommt, ihrem Hoß gegen Deutschland Luft zu machen, kann man sich denken. Für diese Journaille ist der Rauner Prozeß eine einzigartige Gelegenheit, in großem Stil gegen das nationale sozialistische Deutschland zu hetzen. Selbst die nationalsozialistische Deutschland zu hetzen. Selbst die Wiener Syllabistiker und auch die hiesigen litauischen Zeitungen der Schweiz haben es fertiggebracht, sich Juden und Litauer als Prozeßberichtstatter zu verschreiben. Die litauische Regierung hat allen Grund, mit diesen Helfershelfern ihrer Politik zufrieden zu sein.

Wie sie aber mit den Journalisten umgeht, die ihre Berufspflicht wirklich ernst nehmen, wie sie sich um die neuen Ereignisse ihrer Völkern nicht kümmern, wie sie sich nicht um die Arbeit des „Belgien“ der englischen Rechtskommission Sir Alexander Cameron, der im vergangene Jahre die Einbrüche seines Aufenthalts im Memelgebiet in einer den Vertretern der Signaturarmee überreichten Denkschrift niedergelegt hatte. Sir Cameron hat den Auftrag übernommen, im Namen der Angeklagten den Verlauf des Prozesses zu beobachten. Nach dem Londoner „Times“ wurden ihm und ebenso dem englischen Rechtskommissioner Morris beim Aufenthalt in Litauen wiederholt Schwierigkeiten gemacht. Doch hat Litauen die gegen beide erlassenen Ausweisungsbefehle auf Intervention des englischen Gesandten in Raunen wieder zurücknehmen müssen. Dieser neue australische Zeuge des Rauner Prozesses scheinen die Litauern im höchsten Maße unangenehm zu sein. Sie haben allen Grund, sich von niemandem in die Karten leben zu lassen.

Neuer Terror im Memelgebiet.

Während in Raunen der Memelprozeß stattfindet, geht der Terror im Memelgebiet unbehört weiter. Der Untersuchungsrichter in Schaulen hat die Mitglieder des gewaltsam abgesetzten Direktors Schreiber am 5. Januar unter Anklage gestellt. Über Dr. Schreiber selbst und die Landesdirektoren Wegelin und Siegius wurde die Polizeiverhaftung verhängt. Sie dürfen ihren Wohnort nicht verlassen. Allem Anschein nach hängt das Vorgehen der litauischen Behörden gegen das abgesetzte Direktorium Schreiber mit der Ernennung des memelländischen Schulreferenten zusammen. Der Gouverneur des Memelgebietes hatte Anfang Februar 1934 einen Angelerter aus Großlitauen herbeigeholt und diesen mit der Aufsicht über sämtliche memelländische Schulen betraut. Dieser Schulreferent nahm für sich das Recht in Anspruch, die Schulen des autonomen Memelgebietes ohne Kenntnis der autonomen Behörden des Memelgebietes zu revidieren. Daraufhin hatte das Direktorium Schreiber eine Verfügung erlassen, nach der die Lehrer angewiesen wurden, gegen den Zutritt in die Schulen des Memelgebietes nur mit Genehmigung des Direktors zustimmen zu lassen. Das Direktorium war im Interesse der Wahrung der autonomen Rechte dazu verpflichtet, sich gegen das hatungetragene Vorgehen des Gouverneurs zu wenden. Die jetzt ergriffenen Maßnahmen gegen das Direktorium Schreiber zeigen, daß man litauischerseits im Rahmen des im Memelgebiet ausübten Territoriums gegen alle diejenigen Stellen auf Grund des sogenannten Staatsstreichs vorgeht, die es wagen, die dem Memelgebiet international überlieferten Rechte zu verteidigen.

Die nordische Rasse in Polen.

In einem längeren Aufsatz, der in der „Prager Presse“, dem deutschsprachigen Agitationsblatt des österreichischen Außenministers, erschienen ist, hat sich der bekannte polnische Historiker, Prof. Dr. Jan Szyk auf die Verhältnisse im Zusammenhang des polnischen Volkes befaßt. Czekanowski, der sich in vorstehenden größeren Arbeiten bemühmt hat, den nordischen Charakter des polnischen Volkes nachzuweisen (das er übrigens in sehr „stöchiometrischer“ Weise der Bevölkerung Polens gleichjähig pflegt), stellt in dem erwähnten Artikel über die russischen Unterjochung zwischen den frühbaltischen Ostgermanen und dem Rest des nordischen Völkerelementes nicht das Wesen heraus, daß der Anteil des nordischen Völkerelementes nicht das Wesen des anthropologischen Unterschiedes zwischen diesen ethnischen Gruppen ausmacht. Die frühhistorischen Slaven sind nicht weniger nordisch als die Nordgermanen. Das Wesen des Unterschiedes besteht darin, daß bei den Germanen neben der nordischen Komponente die mediterrane die Hauptrolle spielt, bei den frühhistorischen Slaven kommt dagegen als wichtigste Beimischung die lapponische (alpine oder sibirische) Rasse in Frage. Ferner konnte man nachweisen, führt Czekanowski fort, daß sich die alten Westgermanen von den Nordgermanen durch das Überwiegen des mediterranen Rassenelementes unterscheiden, während die Nordgermanen ebenso nordisch wie die Slaven sind. Schließlich konnte man nachweisen, daß die anthropologische Zusammenfassung der alten Weltgermanen (so bei den Angelsachsen bis auf die Gegenwart erhalten hat, während die Deutschen jetzt den Slaven sehr nahe kommen. Sehr wichtig ist dabei die Feststellung, daß die Germanen ursprünglich eine den Nordgermanen sehr ähnliche anthropologische Zusammenfassung gehabt haben müssen, die sich zunächst infolge des Zusammenlebens mit dem Slaven und später mit iranischen Stämmenkreisen nicht bei den Schwarzen Meeres u. a. Rassen verlor. Im Obste dieser Kaskaden, so schließt Czekanowski, „müßte der genetische Zusammenhang des alten polnischen Staates der frühhistorischen Zeit mit dem Osteuropa südlich der Ostsee sehr wahrscheinlich.“

Diese Feststellungen des polnischen Gelehrten sind in mehrfacher Hinsicht interessant. Im Gegensatz zu der in Polen heute noch üblichen „Methode, von einer „polnischen Rasse“ im Gegensatz zu einer „deutschen Rasse“ zu sprechen, einer Methode, die auch manche Kreise in Deutschland noch immer nicht abgelegt haben, vertritt Czekanowski den Standpunkt, auf dem die deutsche Volks- und Rassenforschung aufbaut, daß nämlich Volk und Rasse Begriffe sind, die sich voneinander trennen lassen müssen, daß die Völker Europas wesentlich aus denselben Rassen-Elementen, nur in anderem Mischungsverhältnis bestehen. Worauf Czekanowski in seinen Veröffentlichungen besonderen Wert zu legen scheint, ist dies, die nordische Rassenkomponente im deutschen Volk als möglichst klein, im polnischen Volk (so, in der Bevölkerung Polens) als möglichst groß erscheinen zu lassen, morans er dann die praktische Anwendung für seine vielfach „Volksgelehrten“ zu geben pflegt, daß die Deutschen sich je mehr auf ihren besonders nordischen Charakter einbilden brauchten, da die Polen je zum mindesten ebenso nordisch, wenn nicht gar noch nordischer wären. Czekanowski hat mit seinen Bemühungen, das Selbstbewußtsein seiner Volksgelehrten auf diese Weise zu heben, bisher allerdings nur wenig Erfolg gehabt.

Die oben zitierten Sätze aus Czekanowskis Artikel führen einige Widersprüche zu enthalten. Einmal sagt er: die alten Slaven sind nicht weniger nordisch als die Nordgermanen gewesen, und dann: die Ostgermanen hätten ursprünglich eine den Nordgermanen sehr ähnliche anthropologische Zusammenfassung gehabt, die sich zunächst infolge des Zusammenlebens mit dem Slaven verändert hat. Demnach hat sich der ursprüngliche jebr stark nor-

dische Charakter der Ostgermanen durch die Veränderung mit den Slaven also vermehrt, sind die Ostgermanen durch diese Veränderung östlicher, die Slaven aber nordischer geworden. Dies befaßt Czekanowski schließlich auch in seinem Schlußsatz, dessen Inhalt eine bemerkenswerte Korrektur der Lehren der polnischen „Prähistoriker“ darstellt, die das germanische Element der vorgeschichtlichen Zeit am liebsten aus dem Ober- und Weichsland hinwegdisputieren möchten. Czekanowski stellt es nämlich als sehr mehrschichtig ein, daß die Germanen der alten polnischen Staates der frühbaltischen Zeit mit einigen zum Teil aus dem Nordkommen, je nach germanischen Stammesverhältnisse, standen haben, die in der Zeit der Weichslandniederung ihre alten Sitze im Ober-Weichsland nicht verlassen, sondern sich mit den längere Zeit nach dem Abzug des Großteils ihrer Stammesgenossen langsam einwandernden slawischen Menschen vermischen haben. Offenbar ist das Aufgehen dieser zurückgebliebenen Ostgermanen im Slaventum für dessen spätere Zusammenfassung auch nach Czekanowskis Auffassung nicht ohne Bedeutung gewesen.

Abgesehen ist Czekanowski im Verlauf seiner Forschungen häufiger zu der Feststellung gelangt, daß der germanische, bzw. der deutsche Einfluß die nordische Rassenkomponente des polnischen Volkes in auffälliger Weise verflüchtigt hat. Auf ein Beispiel sei in diesem Zusammenhange vermieden. In mittleren Galizien gibt es einen polnischen Volksstamm, der noch heute seinen Wohnort als „Guchoniemy“ (u. a. „Walddeutsch“) bezeichnet und dessen Volksstamm an die Siebenbürger Sachsen erinnern. Es handelt sich hier um die Nachkommen der mittelalterlichen deutschen Kolonisten, die im 13. und 14. Jahrhundert in weiten Teilen Galiziens stärker vertreten waren als die Menschen polnischen Stammes, zu bestimmten Vorkosten völlig eingebuddelt hatten. Das polnische geographische Lexikon berichtet hierüber: „Die ganze Vorkostenlandschaft vom Sanoker Land nach bis nach Gorlice (= Görlitz), Symbark (= Schönbürg) und Pilsno (= Pilsen) wurde durch Sachsen kolonisiert, und noch heute nennt das Volk diese Gegend „Polnischensiedlung“. Czekanowski hat mit diesen polnischen Volksstämmen, die der Hauptfache aus polonisiertem Deutschen besteht, den anthropologischen Gesichtspunkt der beschriebenen, aber die deutsche Kolonisation des 13. und 14. Jahrhunderts, die in Kleinpolen (Galizien) johlenmäßig stark erfolgte“, u. a. folgendes gesagt: „Mit ihren Einwirkungen können die Rasse der mehr langschädigen Bevölkerung zusammenhängen, die von den südlichen Nebenflüssen der oberen Weichsel tief ins Territorium unseres kurlisch-baltischen Ostteilgebietes des mitteleuropäischen alpinen Völkerelementes, Eysos vorkommt.“ Czekanowski meint hier auf darauf hin, mit die deutsche Kolonisation des Mittelalters das russische Bild des polnischen Volkes mit der Tendenz zum Nordischen verändert hat. Was für dieses Gebiet der „Walddeutschens“, das gilt wohl in ähnlichem Maße für die anderen deutschen Kolonisationsgebiete im mittelalterlichen Polen, — das um so mehr, als die Träger dieser Kolonisation größtenteils aus den Gebieten Deutschlands stammten, die noch heute den stärksten nordischen Einschlag aufweisen. Wenn man bedenkt, daß weite Teile Polens, nicht nur Polens und Danzigers, sondern vor allem auch Galiziens und selbst Ostpolens im 13. und 14. und noch im 15. Jahrhundert stark und — wie neueste Forschungen immer mehr erhellen — überwiegend von deutschen „Menschen“ besiedelt waren, die später im Volentum aufgingen, so ist die nordische Blutzufuhr, die das „Polen“ im Laufe der Jahrhunderte von Deutschland her erhalten hat, gewiß nicht gering einzuschätzen.

Der Ausbau der Danzig-polnischen Beziehungen.

Es war von vornherein damit zu rechnen, daß die polnische Presse oder Schattierungen einen Wechsel auf dem Polten des Danziger Senatspräsidenten dazu benutzen werde, um sich über die Danziger „Allpolenität“ zu beklagen. Gleichgültig, wer Kaufmanns Ratsholder werde, der neue Mann mußte in jedem Falle mit dem lebhaftesten Mißtrauen und den verschiedensten Verdächtigungen von polnischer Seite her rechnen. Wenn Artur Greiser, als er die Wahlfolge der Kaufmanns Ratsholder wurde, so gelang das von polnischer Seite weniger aus sachlichen, als aus ideologischen Gründen, aus der einfachen Überzeugung heraus, daß man es dem neuen Senatspräsidenten nicht möglich schwer machen müsse, seine lokale und friedliche Einstellung zu Polen zu beweisen, weil dann vielleicht um so größere Vorteile für Polen aus diesem innerdanziger Vorgange herauszuspringen könnten. Der neue Senatspräsident hat unter diesen Umständen das einzig Richtige getan. Er ist am 7.-8. Januar nach Warschau gefahren, um mit der polnischen Regierung selbst Sühnung zu nehmen, wie es J. S. auch sein Amtsvorgänger getan hatte, als er der

Danzig-polnischen Annäherung dadurch den entscheidenden Anstoß gab, daß er sich, übrigens in Begleitung Greisers, der damals Vizepräsident des Senates war, in „die Höhle des Löwen“ begab.

Senatspräsident Greiser, in dessen Begleitung sich Wirtschaftslenator Hudt und Hauptmann der Landespolizei Külle befanden, kennzeichnete in einer mehr „schönen“, denn der Begrüßungsansprache des polnischen Ministerpräsidenten Kojoniki beherrschte, den Zweck seines Besuches mit folgenden Worten: „Was Vertreter des Danziger Senates wiederum nach Warschau gekommen seien, so deshalb, um einerseits die Danzig-polnischen Beziehungen zu vertiefen, und um andererseits entgegen allen in der Öffentlichkeit in den letzten Wochen und Monaten entstandenen Gerüchten und irrigem Meinungen hervorzuheben, daß die nationalpolitische Regierung es auch weiterhin als ihre vornehmste Pflicht und Aufgabe anerkennen wird, unter Betonung des deutschen Charakters der Freien Stadt die beide Teile interessierenden politischen und wirtschaftlichen Fragen in direkter Ausprägung einer befriedigenden Lösung entgegenzuführen. Und vor der Warschauer Presse erklärte der Senatspräsident u. a.: Es sei hinsichtlich der Regelung der Danzig-polnischen Beziehungen noch nicht

alles erreicht, was erreicht werden könnte. Es sei noch vieles zu tun. Der Verehrtheit der Regierungen müsse sich auch die Verehrtheit der Bevölkerungen angeschlossen. Daß Danzig ein Staat mit deutscher Bevölkerung ist, werde von niemandem in Europa bestritten. Staat sei nicht immer Nation. Danzigs Staat beherberge keine Danziger Nation, sondern jene Bevölkerung fühle sich als geistige Einheit mit dem großen deutschen Volk, als Teil der deutschen Nation. Senatspräsident Greifer und Begleiter wurden auch von Marschall Piłsudski empfangen. Vor der Presse hat Greifer hervor, die Danziger habe in ihm die Überzeugung gefestigt, daß in der selbsthändigen Arbeit des Marschalls die beste Voraussetzung für eine dauerhafte und wahrhaftige Verständigung gegeben ist. Und in Bezug auf seine Besprechungen mit dem polnischen Außenminister erklärte der Senatspräsident: Es sei erfreulich, daß heute ein offenes Wort solchbarer Art bester Erfolge verspreche, als jener Entfall des schlüpfrigen Parkettes, der über ein Jahrzehnt vorgeherrschte habe. Zwischen Oberst Beck und ihm sei in dieser Hinsicht ein absolutes Einverständnis vorhanden.

Von Danziger Seite wurde durch den Staatsbesuch in Warschau, der mit einem Empfang durch den polnischen Staatspräsidenten Mościcki auf dem Jagdschloß Spala seinen Abschluß fand, der unanveränderte Wille zu einem geordneten Zusammenleben mit Polen einseitig bekundet. Von einem Teil der polnischen Presse ist das nun auch anerkannt worden. Aber selbst dieser verständige Keil der die öffentliche Meinung Polens repräsentierenden Blätter konnte es nicht unterlassen, auch jetzt noch mancherlei Vorbehalte zu machen, die mit größerer oder geringerer Deutlichkeit durchblicken ließen, daß sie unter der Verständigung zwischen Danzig und Polen letzten Endes die völlige Unterordnung Danzigs unter Polen verstünden. Auch dieser verständigere Keil der polnischen Presse konnte den Augen nicht entgehen — hat sich also auf eine richtige Erkenntnis der Lage in dem sich das deutsche Danzig befindet, und in einem hinreichenden Verständnis für die Lebensnotwendigkeiten der freien Stadt noch nicht durchbringen können. Nicht umsonst hat Senatspräsident Greifer in seinen Warschauer Erklärungen immer wieder den deutschen Charakter und die nationale Bindung des Danziger Freistaates an Deutschland den polnischen Verurteilungen entgegengestellt, das nationale Element durch die Herüberkehrung geographischer und wirtschaftlicher Schwerpunktke in den Hinterland, die sich auf die polnische Seite des deutschen Charakters der freien Stadt ausbreiten und ist für Danzig die unerlässliche Voraussetzung jeder Zusammenarbeit mit dem benachbarten Polen. Wenn man das auf polnischer Seite nicht einsehen will und Danzig das selbstherrliche Recht auf völlige Selbstbestimmung bestritt, wenn die polnische Presse auf jede Regung des völkischen Willens der Danziger gegenüber unzulässigen und unbegründeten Poloniersmaßnahmen und -absichten mit so albernem Redensarten wie „Sugenergeißel“ und ähnlichem Geschwätz reagiert, dann ist allerdings möglich, so meinen es, es gelinge, mit offener Hand Verträge und Abmachungen hinaus in die Öffentlichkeit der Staaten vorzurufen, wirklichen Verständigung zu gelangen. Vorerst ist die Feststellung des „Danziger Vorpostens“, daß man in Polen offensichtlich noch sehr weit von einem Begreifen der nationalsozialistischen Haltung in den Weltkämpfen entfernt sei, durchaus begründet.

Von Danziger Seite ist nicht beabsichtigt, von der seit Mitte letzten Jahres erfolgten Eindeutigkeit der Zusammenarbeit mit Polen abzumachen. Im Gegenteil: Man denkt daran, die Beziehungen noch zu vertiefen und die Lücken und Mängel, die in dem bisher aufgerichteten Vertragswerk noch bestehen, auszufüllen. Solche Mängel können z. B. in der Praxis der Ausführung des Hafensatzabkommens im noch festgelegt werden. Es trifft zu, daß die Beziehungen im Danziger Hafen im ersten Jahre nach dem Inkrafttreten der Hafensatzabkommens nicht unbedeutlich zugenommen hat. Aber trotzdem sind zwischen der tatsächlichen Entwicklung und den Bestimmungen des Hafensatzabkommens Widersprüche vorhanden. Im Abkommen waren dem Danziger Hafen nicht bestimmte Mindestumsätze für eine ganze Reihe von Warengruppen zugesagt worden, sondern es war auch festgesetzt worden, daß der Danziger Hafen an einer Steigerung des seewärtigen polnischen Außenhandels zu gleichen Teilen mit Gdingen beteiligt werden soll. Diese und auch eine Reihe anderer Bestimmungen sind von Polen nicht eingehalten worden. Denn der Umsatz im Danziger Hafen ist im vergangenen Jahre erheblich über alle im Danziger Hafen gestiegen. Der Anteil Gdingens am gesamten seewärtigen Außenhandel Polens beträgt über 7,2 Mill. Tonnen, der Danziger Anteil nur 6,1 Mill. Tonnen. Über das Verhältnis Danzig-Gdingen hat sich Kommerzialrat W. Sieg-Danzig in der „Deutschen Schiffahrtzeitung“ u. a. folgendenmaßen geäußert: „Besonders ins Gewicht fällt, daß in Gdingen der größte Keil der wertvollsten Waren umgeschlagen wird, während in Danzig der Hauptverkehr auf den Export von Rohlen fällt; diese sind in der Hauptsache auch in Danzig verladen. Die überflüssigen Rohlenkonverne überall im Auslande ihre eigenen Verrechnungen haben, durch die sie die Rohlen direkt verkaufen, so daß Danzig lediglich der kleine Verdienst aus dem Umschlag verbleibt.“

Eine Reihe von Artikeln ist jetzt fast ausschließlich in der Einfuhr von Gdingen zu verzeichnen, wie z. B. Schrott, Süßfrüchte, Kaffee, Reis und andere Kolonial-

waren, Baumwolle, Wolle, Seife, etc. Man rechnet, daß im Jahre 1934 ca. 60—70.000 Tonnen Baumwolle zum großen Teil direkt aus den Produktionsländern nach Gdingen eingeführt worden sind, bekanntlich zum Zwecke Brenens, von wo aus in früheren Zeiten die polnischen Anbaufrüchte hauptsächlich versorgt wurden. Man hofft sogar, aus Gdingen einen Baumwollspinnerei zu machen und von dort aus nicht nur Polen, sondern auch die übrigen Verbrauchsländer an der Ostsee zu versorgen.

Im Export kommt jetzt bereits eine ganze Anzahl Waren fast ausschließlich von Gdingen zur Ausfuhr z. B. Zucker, in welchem Artikel Danzig in früheren Zeiten eine Ausfuhr von 200.000—300.000 Tonnen hatte, Eisen- und Zinkprodukte aus Oberfröhren, Raffinerie- und chemische Produkte, und selbst Holz geht jetzt in großen Quantitäten über Gdingen, wo besonders die Staatliche Polnische Großvermahlung große Holzlagerplätze eingerichtet hat. Der Danziger Holzexport, der früher sehr bedeutend war, geht naturgemäß hierdurch zurück, obwohl immerhin noch recht erhebliche Mengen auch im Jahre 1934 in Danzig zur Verschiffung gelangten. In der Hauptsache ist nur der Getreideexport bisher in Danzig vertrieben, weil in Gdingen bislang die nötigen Speitner und Silos fehlten, doch wird beabsichtigt, demnächst auch dort Silos zu bauen.

Der Vertrag vom August 1933 ist kürzlich wieder auf ein Jahr zwischen Danzig und Polen erneuert worden, so daß wenigstens das bisherige Geschäft in allem Umfang im Danziger Hafen verbleiben wird; aber, wie schon vorher erwähnt, ist es in der Hauptsache Speitzergut, das zum Export gelangt, während das Proportegut von Jahr zu Jahr in der Einfuhr wie in der Ausfuhr zurückgeht.

Dazu kommt noch, daß dem Danziger Handel die verschiedentlich Art und von polnischen Stellen Schwierigkeiten bereitet werden. So nimmt z. B., wie sich dem Jahresbericht des Vereins Danziger Handelsvertreter entnehmen läßt, die Erledigung der Formalitäten für die Einfuhrgenehmigung von Waren, die nur mit Zustimmung der Warschauer Zentralinstanz eingeführt werden dürfen, ungebührlich lange Zeit in Anspruch. Auch bis zwölf Wochen sind dafür erforderlich, während der Handel höchstens drei Wochen warten kann, wenn ein reibungsloser Geschäftverkehr erzielt werden soll. Besonders der Kolonialwarenhandel Danzigs wird durch die Konkurrenz Gdingens schwer gefährdet. Die von den polnischen Stellen erteilte Einfuhrgenehmigung der Danziger Güter muß häufig ergründen, von Geschäft, die sonst hätten getätigt werden können, wieder zurücktreten. Bestimmte Luxusartikel der Genussmittelbranche und Zinkoxide sind in Danzig infolge der Sonderabere Handhabung der Einfuhrgenehmigungen seitens der Warschauer Zentralinstanz überhaupt nicht zu haben. Auf wichtige Ersatzteile für deutsche und englische Maschinen müssen die Danziger Betriebe aus demselben Grunde oft endlos lange warten. Auch ihre Arbeit naturgemäß nicht selten erheblich beeinträchtigt wird. Sie verschiedene Warengruppen, wie z. B. für Weine und Spirituosen, für Drogen und Chemikalien usw. haben sich die dem Danziger Handel von polnischer Seite gewährten Kontingente aus viel zu niedrig erwiesen. Man sieht aus diesen wenigen Beispielen, daß in der Normalisierung der danzig-polnischen Beziehungen auf polpolitischem Gebiete noch viel zu tun übrig bleibt und daß die polnische Seite bisher noch vielfach das notwendige loyale Entgegenkommen dem Danziger Handel gegenüber vermissen läßt.

Senatspräsident Greifer gab vor der Danziger Presse, die er vor seiner Abreise zur Völkerversammlung in Genf zu sich gebeten hatte, der Überzeugung Ausdruck, daß die polnische Regierung die freundschaftliche Zusammenarbeit mit Danzig wünsche und die Methoden der Streife ablehne, die durch Zollschleife und künstliche Schwierigkeiten noch immer die praktischen Auswirkungen des Danzig-polnischen Ausgleichs zu behindern versuchen. Die Schwierigkeiten, die sich für die Danziger Wirtschaft bei der Durchführung des Abkommens über die Einfuhrkontingente (von denen vorstehend die Rede war) ergeben hätten, habe er in seiner Verhandlung mit dem Ministerpräsidenten Piłsudski zur Sprache gebracht. Konkrete Maßnahmen des Bestehens einer Benachteiligung Danzigs und einer Bevorzugung Gdingens bei der Erteilung der Einfuhrgenehmigungen nicht unbekannt gewesen ist, habe ausdrücklich erklärt, daß die polnische Regierung eine solche Praxis der Warschauer Stellen nicht wünsche. Wenn die Handhabung durch untergeordnete Stellen dieser Auffassung nicht entsprechen habe, so werde die polnische Regierung bei diesen Stellen dahin wirken, daß der Anspruch Danzigs auf gleiche Behandlung auch in der Praxis durchgeführt werde. Senatspräsident Greifer wird in Genf Gdingenbild und Polen angehende Einseitigkeiten zu besprechen.

WINTERSPORT IN SCHLESSEN

Die Posener Polen beschweren sich.

Der Warschauer Zentralismus hat sich in der „Provinz“ viel Feinde gemacht. Zu den Unbeliebtesten, die sich von Warschau besonders zurückgezogen fühlen, gehören die ehemals deutschen Gebiete Polens und die russischen. Bestimmte Momente treffen hier zusammen, die es einerseits Warschau ungelegentlich erheben lassen, diese Gebiete möglichst wenig zu Worte kommen zu lassen, und die andererseits die Bewohner dieser Wojewodschaften gegen den Zentralismus der Warschauer besonders empfindlich machen. Die Posener und Pommeranische „Woiwoden“, bilden, von ihrem kulturellen und sozialen Standpunkt aus, ein höheres Niveau mit einiger Verachtung auf die „Kongressländer“ herab. Zu den hilfloslich und ethnographisch begründeten Vorurteilen tritt noch die Tatsache hinzu, daß gerade in diesen Gebieten die Anlagen zu einer demokratischen Rationaldemokratie ihre meisten Anlagen besitzt. Demgemäß meint Warschau dazu, in den Posener und Pommeranischen Polen nicht vollwertige Volksgenossen und parteipolitische Gegner zu sehen. Der Unzufriedenheit mit der Benachteiligung der Westgebiete durch Warschau hat der Rechtsanwalt Dr. Witold Jeske kürzlich in einem Artikel des „Dziennik Pomorski“ Ausdruck verliehen. Es ist zu beobachten, daß Jeske nicht etwa ein Nationaldemokrat, sondern der Vorstehende der Posener Wojewodschaftsabteilung des Regierungsbüros ist. Er schreibt u. a.:

„Bei uns herrscht Unzufriedenheit darüber, daß man im Staatsdienst fast keine Beamten findet, die aus den Westgebietsgebieten kommen. Man spricht davon von Mund zu Mund, diskutiert in Versammlungen, schreibt Briefe und Denkschriften und man trägt schon an, sich darüber in öffentlichen Sitzungen zu beklagen. Die Tatsache läßt sich nicht leugnen, daß keinesfalls weder in der Regierung noch in den Zentralbehörden, weder in den staatlichen noch halbstaatlichen Institutionen, weder als Wojewoden noch auf einem anderen höheren Posten der staatlichen Verwaltung heute a. a. Vertreter der Westgebiete zu finden sind. Wir haben zwei Vizepräsidenten, einen polnischen Senator, einige Konsuln, einige Ministerialräte und Wojewodschaftsräte, einige Statthalter — und damit ist die Liste erschöpft. Lediglich im Gerichtswesen ist in der letzten Zeit ein erfreulicher Zuwachs von örtlichen Kräften zu verzeichnen. Mittlere Beamte gibt es verhältnismäßig wenig, etwas mehr Unterbeamte, und zwar ausschließlich in den örtlichen Ämtern; in den anderen Teilen des Staates findet man sie überhaupt nicht. Dies hindert leider die Aufklärung mit Recht von der Volksgemeinschaft gefordert wird.“

Jeske zitiert dann eine Denkschrift über die Frage, in der es u. a. heißt: „Die hiesigen Bürger, die im Jahre 1918 und in den folgenden Jahren mit eigenen Kräften das Joch der Unfreiheit abgeworfen und die selbständige politische Existenz wiedererlangt haben, deren tapferes Heroismus und Verwegens herbeigewirkt war und dann in den Jahren 1919 und 1920 zur Verwirklichung der völkerrätlichen Armee beigetragen und ruhmreiche Siege errungen hat, — müssen heute, 16 Jahre nach Wiedererlangung der Unabhängigkeit, in unglückseligen Verhältnissen leben; das ist seit vielen Jahren (sonders aber in der letzten Zeit, bei der Bestimmung von Stellungen Staatsverwaltung und territorialen Selbstverwaltung von der Arbeit im Staatsdienst beiseite geschoben worden. Verhältnis zu dem zahlenmäßigen Stande der Bevölkerung des Gebietes die Einwohner des ehemals preussischen Teilgebiets 15 Prozent, in der Staatsverwaltung, d. h. etwa 68 000 Stellen von insgesamt 450 000 Beamten einschließlic, des bei der Staatsbahn besetzter Personal entfallen.“

„Besonders fällt es auf“, fährt Jeske dann fort, „daß Institutionen wie der Bank Poljski, der Landwirtschaftsbank, der Warbank, der W. R. O., bei den Westgebietsabteilungen in Warschau liegt, die Zentralbehörden sind die Verteilung der Stellen den kardinalen Notwendigkeiten durchaus Rechnung tragen, in den Abteilungen oder Expedituren in der Provinz zu beschließen, die das Gebiet und die Bevölkerung des Landes kennen. Der Bürokratismus und die zentralen Kräfte sind stärker als dieser primitive rationale Grundstock der Willkür Unzufriedenheit über diesen Sachzustand ist allgemein, nicht allein bei uns, sondern in allen Wojewodschaften, und ist es, was so gerechtfertigt, als es an arbeitslosen Bankbeamten und Angestellten mit hohen Fähigkeiten zur Übernahme von Stellen in den Versicherungsanstalten jeglichen Typs eine Beanspruchung gibt, während man bis jetzt örtliche Kräfte in diesen Institutionen gar nicht sieht. Wenn man in Warschau mit den entsprechenden Stellenbesetzungen über diese Mängel spricht, so fühlt man heraus, in dem die aufrechte Antwort besteht, die gerechten regionalen Forderungen zu berücksichtigen. An der Ausführung aber werden die durch die Bürokratie irrendem unterwegs juristisch gemacht. Ist eine Kontrolle über die Bürokratie auch ein wirksames Gegenmittel. Und daher müßte sie laut bis zum Erfolg gefordert werden.“

Celichowski über den polnischen Zustand in Polen.

Am 16. Jahrestage des polnischen Aufstandes in Polen hielt Dr. Stanislaw Celichowski eine Gedenkrede, in der er sich in s. e. recht interessanter Weise mit der Vorbereitung der Aufstandsbewegung im Polensinn befaßte. Man muß es dem Vortragenden, der selber an leitender Stelle am Aufstande beteiligt gewesen war, zugute halten, wenn er kein und seiner Gefinnungsgenossen damalige Arbeit eher zu hoch als zu niedrig einschätzte und wenn er mehrfach behauptet, alle Polen in den ehemals preussischen Gebieten wären derselben Ansicht gewesen wie der Kreis der nationaldemokratischen Parteiführer, in deren Händen sich am Ende des Krieges die Fäden der politischen Intrigen und dann des bewaffneten Aufstandes vereinten. Es liegen genügend polnische Auslöser darüber vor, wie uneinig und verfahren, wie unzufrieden und alles andere als selbstbewußt die polnische Führung im Polensinn nach dem Ausbruch der Novemberrevolte war, wie wenig sie auch damals noch den eigenen Kräften vertraute und wie groß ihre Furcht auch noch vor dem unangenehmgebrochenen Deutschland war. Wenn aus den Intrigen einer Geheimorganisation ein Aufstand werden konnte, dann deshalb, weil „auf deutscher Seite keine Führung da war, weil das Reich in den Krämpfen der roten Revolte lag, weil in Berlin Juden und Marxisten die Fäden der beiden politischen Intrigen und auf seine „regierten“, weil jeder Vimmel auf Preussens Seite, die sich in Ämter Sohle speien durfte, weil von Landesverrätern, die selber in Ämter die Fäden in den Händen hatten, wurde, durch die sich eine nationale Bewegung zum bewaffneten Aufstand entfalten konnte. Wenn Celichowski den polnischen Zustand im Polensinn als „die unvermeidliche Folge und die Krönung der nationalen Arbeit der polnischen Bevölkerung unter preussischer Herrschaft“ bezeichnet, so hätte er hinzuzufügen müssen, daß diese Krönung nur möglich war, weil an maßgebender Stelle auf der Gegenseite keine Kräfte da waren, sie zu verhindern.

Celichowski befaßt sich darüber, daß „die Geschichte der (polnischen) nationalen Bewegung im preussischen Teilgebiets“ schon der heutigen Generation bekannt sei, daß die Bedeutung dieser Bewegung besonders von den Polen in den russischen und österreichischen Teilgebieten des heutigen polnischen Staates in der Regel zu gering eingeschätzt werde und man dort dazu neige, in der Bewegung der preussischen Polen weniger eine nationale, als eine wirtschaftliche Angelegenheit zu erblicken. Dieser Vorwurf Celichowski richtet sich unangefochten gegen die Ideologie der Ersten Brigade, gegen die traditionelle Geringachtung, mit der die

Männer am Pilsudski den Beitrag beurteilen, den die Rationalkräften zur Wiedererrichtung eines selbständigen polnischen Staates geleistet haben. Die Posener Polensbewegung und der Posener Aufstand aber sind nationaldemokratischen Ursprungs gewesen. Erste Brigade vermischt in der Politik Demokratie und seiner Anhänger — nicht mit Unrecht — Parole, von der sie selber immer beherrschter Alles oder nichts! Gegen diese Zurückbildung mens Celichowski gibt einen Rückblick auf die systematische Erziehung — und Organisationsarbeit, in dem preussischen Teilgebiet an der dortigen polnischen Bevölkerung von der Mitte des vorigen Jahrhunderts an geleistet worden ist. Er gibt uns die Tätigkeit Karl Marcinkowskis, der — übrigens mit moralischer Unterstützung der preussischen Regierung — die Lage eines polnischen Mittelstandes, einer polnischen Intelligenz heranzog, der von der später eine nationale Führung hervorbringen konnte. Er verweist auf die Arbeit der „Gesellschaft Unterstützung wissenschaftlicher Studienarbeit“ und die „Gesellschaft Polnische Arbeiter“, die die Entwicklung der polnischen polnischen Gesellschaftswissenschaften unter dem Druck der russischen Entfaltung des „Verbandes der katholischen Arbeitervereine“, „Polnischen Berufsverbandes“, der Verbände der polnischen Intelligenz, Industriellen usw. Er denkt weiter der polnischen Intelligenzarbeit in den Wohlfahrtsvereinen und im „Straj“, den Verbänden, der kulturellen Verbänden und der Presse. Und dann er fort:

„Ich stelle fest, daß das ehemalige preussische Teilgebiet vor dem Ausbruch des Weltkrieges der Art eines Staates organisiert worden war. Die Organisations- und staatlichen Elemente sind vorhanden. Die bei uns abwesende in anderen Teilgebieten existierende Unabhängigkeitsbewegung fand also ihren Ausdruck in unmittelbaren Vorbereitungen zum bewaffneten Kampfe, in der Schaffung ihrer materiellen und psychischen Voraussetzungen für den Fall einer günstigen Konjunktur. Vor allem aber sollte das nationale Leben in Form gefaßt werden, die möglichst an staatliche Formen angelehnt waren und in der Zeit der Rückstoß am stärksten die die Staatlichkeit geben konnten. Das sind die Aufgaben der Arbeit aber war die nationale Erziehung aller S...

„In dieser Organisationsarbeit überkam das preußische Teilgebiet der Weltkrieg. Sein Ausbruch wurde von uns als ein von unseren großen Männern vorausgesehener geschichtlicher Zusammenstoß empfunden, aus dem ein unabhängiges Polen hervorgehen mußte. Der Stuland der Organisation war in diesem Moment jedoch nicht reif genug, um sofort ein bemessenes Auftritte zu erlauben, obgleich in den Massen die Stimmung hierfür vorhanden war (?). Man rechnete auf einen historischen Sieg der Alliierten. Als die Niederlage Frankreichs und Russlands die Hoffnungen verlor, kamen schwere Tage gedrückter Stimmung. Die Hoffnung jedoch auf eine schließlich günstige Wendung der Anspannung der Kräfte der gesamten Welt erlosch nicht und war lebendig in den geheimen konspirativen Kreisen. (Es muß festgestellt werden, daß das nicht die Auffassung und Stimmung der breiten Schichten der polnischen Bevölkerung in Polen, noch viel weniger in Westpreußen und überhaupt nicht in Oberschlesien, sondern das Denken und Empfinden einer kleinen, aber sehr in sich geschlossenen, willensstarken Führerschaft war, des „Olland“). Der polnische Soldat, der mangelsweise für eine fremde Sache kämpfte, hörte in den Schützengräben nicht auf, seinen Traum von Macht und Freiheit zu träumen. (Zur Ehre der damals an der Front stehenden Polener Polen muß gesagt werden, daß sie im großen ganzen ihre Pflicht als Soldaten getan haben, und zwar aus ihrer persönlichen Gewinnung heraus, die nur teilweise von den verlebenden Elementen der polnischen „Intelligenz“ unterhört werden konnte.) Als dann die deutsche Front an der Marne zusammenbrach, so lebten sofort mit aller Kraft die Hoffnungen wieder auf. Bereits im September 1918 begann das geheime Wiedereingehen in Polen den kommenden Staat in geheimen zu organisieren und stützte sich dabei auf die bisherigen organisatorischen Erfahrungen. Die kommenden Leiter der Verwaltung wurden für alle Zweige bis zu den untersten Graden, wie den Kreisverwaltungen, den Post- und Stationsvorstehern, den Bürgermeisterinnen usw., ernannt. Auch wurden die Vorbereitungen der bevorstehenden Übernahme der Gewalt für den Fall der Zurückziehung der geschlagenen preußischen Truppen getroffen.“

„Die Novemberrevolution in Deutschland gab der Sache zunächst eine andere Wendung. Die politisch und organisatorisch vorbereitete polnische Bevölkerung verlor sofort die große Gelegenheit zur Organisierung des kommenden unabhängigen Staates wahrzunehmen. Die Weigerung der Arbeiter- und Soldatenräte gab die Möglichkeit, unter dieser Form politische Elemente in die preußische Verwaltung einzuführen, und zwar als erstehendes Element. Allmählich entstanden wirkliche staatliche Formen, wenn man auch zunächst die Oberhoheit des Deutschen Reiches noch anerkannte. Parallel hiermit entstanden die Volksräte, entstand der Oberke der Volksrat, fand am 3. Dezember der Provinziallandtag in Posen mit dem Gedanken der Übernahme der Gewalt von den Arbeiter- und Soldatenräten in rein nationalem Sinne statt. Auch war man beiß an der Arbeit, die kommenden Räder der bevorstehenden Macht aufzubauen. Zum Teil wurden hierzu die Soldatenräte benutzt, um gebekt durch sie, reguläre Truppen aufzustellen. So entstanden die Kompanien von Rumik, Schwida und Jaroschin u. a. mehr. Außerdem wurde die Volkswacht eingerichtet. Die polnische Freereservation des ehemaligen preußischen Geliebtegebiets registrierte offiziell die künftigen Streitkräfte.“

„Als der 27. Dezember 1918 nahte, war die Vorkriegsbevölkerung des ehemaligen preußischen Geliebtegebiets bereits in die Formen tatsächlicher Staatlichkeit übergeführt. Der schwache Joden nur noch formaler Oberhoheit des Deutschen Reiches trennte das preußische Geliebtegebiets von völliger Unabhängigkeit. Als am 27. Dezember 1918 der Abgeordnete des polnischen Nationalkomitees in Paris, das von den Alliierten offiziell als Vertretung des polnischen Staates anerkannt war, in Genöve eintraf, so rief auch dieser Saben. Großpolen sollte sich frei und unabhängig ... Der großpolnische Aufstand,“ so schloß Lechowski seinen Vortrag, nachdem er vorher noch einmal zu seiner Verühigung das deutsche Volk angepöbelte hatte, „ist also das Resultat der Arbeit von Generationen, das Resultat der Bestrebungen, die auf Karl Marxcinkowski zurückgehen und die Gewinnung der dem polnischen Volke antwprechenden staatlichen Formen zum Ziele hatten.“

Stland-Chronik.

Der deutsch-polnische Handel 1934.

Wachsende Übersicht über die Entwicklung des deutsch-polnischen Handelsverkehrs in den ersten elf Monaten des vergangenen Jahres (in 1000 Tlot):

Monat	Einfuhr aus Deutschland	Ausfuhr nach Deutschland
Januar	6 682	11 703
Februar	6 365	13 060
März	8 100	17 763
April	8 258	13 855
Mai	8 657	13 077
Juni	9 441	12 889
Juli	10 253	16 127
August	10 755	12 833
September	10 989	9 239
Oktober	10 017	13 595
November	9 716	14 222
I—XI	99 434	147 663

Die polnische Ausfuhr nach Deutschland ist danach nur in einem Monat (September) geringer als die Einfuhr aus Deutschland gewesen. Es zeigt sich, daß die deutsche Ausfuhr nach Polen nach Abschluß des deutsch-polnischen Wirtschaftsfriedens im März 1934 langsam und beständig anwachsend ist, jedoch nur bis September. Im letzten Quartal ist wieder ein Rückgang der deutschen Ausfuhr nach Polen zu verzeichnen. Die polnische Ausfuhr nach Deutschland weist stärkere Schwankungen auf. Sie ist, da sie großenteils aus Agrarerezeugnissen besteht, in hohem Maße saisongebunden. Wenn von polnischer Seite unter Hinweis auf den Monat September „schädliche Auswirkungen“ des deutsch-polnischen Wirtschaftsfriedens auf die polnische Ausfuhr nach Deutschland festgestellt worden sind, so trifft diese Feststellung keineswegs zu. Polen hat aus dem Märzabkommen erhebliche Vorteile gezogen. Seine Ausfuhr nach Deutschland hätte sich ohne das Abkommen fast wahrscheinlich nicht auf der Höhe gehalten, die sie heute noch tatsächlich einnimmt. In den Monaten Februar und März hat der polnische Ausfuhrüberschuß mehr als 100 v. H., im Monat November fast 50 v. H. betragen. Die deutsche Ausfuhr nach Polen hat in den ersten elf Monaten 1934 nur knapp 100 Mill. Tlot, die polnische Ausfuhr nach Deutschland dagegen fast 148 Mill. Tlot betragen. Auch den Angaben der polnischen Handelsstatistik über den letzten deutsch-polnischen Warenverkehr (wenn man sich nicht im Monat Dezember die Entschleunigung der Vermonte fortgesetzt hat mit einem etwa 50prozentigen Ausfuhrüberschuß für Polen, Man kann also kaum sagen, daß Polen Grund hat, sich über die Entwicklung seines Handels mit Deutschland nach dem Märzabkommen zu beklagen.

Förderung der deutschen Ausfuhr durch Prämienzahlungen polnischer Exporteure.

Wie die Deutsche Handelskammer für Polen, Berlin W 37 (Dorotheenstraße 11), mittelt, begegnet die Ausfuhr deutscher Waren nach Polen innerhalb des Kompensationsabkommens teilsweise Schwierigkeiten, da die deutschen Exporteure preislich gegenüber Lieferanten aus anderen Ländern, welche durch Zollernsichtigung oder Valutaverluste begünstigt sind, nicht konkurrieren können. Auf der anderen Seite sind die polnischen Exporteure stark daran interessiert, daß die Einfuhr deutscher Waren im Rahmen des Kompensationsabkommens ebenfalls hinter der Ausfuhr polnischer Erzeugnisse nach Deutschland noch erheblich zurückgeblieben ist, nach Möglichkeit beschleunigt und gesteigert wird. Denn nur auf diesem Wege besteht für die polnischen Exporteure die Aussicht, bald eine Bezahlung für ihre Ausfuhrleistungen zu erhalten. Es ist in letzter Zeit zu beobachten, daß die polnischen Exporteure sich durch Prämienzahlung an die polnischen Importeure bemühen, die Einfuhr deutscher Waren nach Polen zu fördern. Da die polnischen Exporteure in Deutschland für die in Betracht kommenden agrarischen Erzeugnisse erheblich höhere Preise als in Polen oder auch auf anderen außereuropäischen Märkten erhalten, sind sie auch größtenteils zu nicht unerheblichen Prämienzahlungen durchaus in der Lage. Es ist zu hoffen, daß hierdurch die Durchführung einer Reihe von Geschäftsabschlüssen, welche sonst unterbleiben müßten, ermöglicht wird.

Deutsch-polnische Filmbesetzungen.

Seit längerer Zeit fanden in Berlin und Warschau Verhandlungen zwischen Vertretern der deutschen und der polnischen Filmindustrie statt. Diese Verhandlungen haben nun infolge von einem günstigen Ergebnis, geführt, als auf der Grundlageder von Genöve festgelegten der deutsch-polnischen Filmaustausch gefördert werden soll. Die ersten deutsch-polnischen Konflikte sind von der Warschauer Konferenz bereits freigegeben worden. Es handelt sich um den Chopinfilm, „Mädchen in Uniform“, „Beronika“ und zwei Sitta-Alpar-Filme (1). Deutscherseits soll demnächst der erste polnische Confilm („Burok Jucia“ — „Das Urteil des Lebens“) in einem Berliner Ufa-Theater aufgeführt werden. Und zwar sollen die polnischen Filme in Deutschbesetzung in polnischer (1) Sprache, sonst in deutscher Sprache zur Aufführung gelangen.

Die deutschen Kreisagrärer in Polen.

Am 6. Januar fand — ein Zeichen der deutsch-polnischen Entspannung — die erste deutsche Pilgerfahrt zu den deutschen Soldatengräbern in Konigsfelden in den Zwei Sonderzüge, der eine von Weuten, der andere aus der Oppelner Gegend kommende, traf am 20. Jänner in Eschenstau

ein. Die Teilnehmer der Pilgerfahrt wurden dort von den polnischen Behörden und Offizieren der Garnison empfangen. An der Platte des „Dziennik“ wurde der Pilgerzug von einem polnischen Geistlichen in deutscher Sprache begrüßt, und den deutschen Botschaftern wurde bei jeder Gelegenheit erzählt, daß König Johann Sobieski sich hier, beim Bilde der Schwarzen Muttergottes, „die Siegerkraft für die Befreiung Wiens von den Türken erhielt“ habe. Einer der mit den Pilgern gekommenen Geistlichen hielt in der Silbernen Kapelle, in der das Bild von Gold und Edelsteinen überleuchtet, von den Polen als wunderbar schön. Mariensbild steht, das Hochamt. Anschließend fanden sich die deutschen Gäste auf dem St.-Kochus-Platz bei Wolszen, um etwa 200 deutsche Soldaten in Einparaden und eine größere Zahl in einem Maffengart zu sehen. Ein polnischer Geistlicher hielt dort in deutscher Sprache eine Gedenkrede für die Toten. Der Chopinsche Trauermarsch und das Lied vom guten Kameraden wurde von einer polnischen Militärkapelle gespielt. In der kleinen Friedhofskirche sprach dann noch Divisionsprediger I. K. Konfortator Maier-Gleim, der namens des Volksbundes deutscher Kriegsgräberfürsorge eine Bitte an die polnische Regierung vorbrachte. Die Fürsorge für die deutschen Gräber in Polen wird durch den Vertrag von Versailles nicht Deutschland, sondern den anderen Mächten zugestanden werden. Deutschland wolle aber nicht beiseite stehen in der Betreuung der Gräber seiner in fremder Erde liegenden Soldaten. So sei es dem Volkband gelungen, mit Frankreich und Belgien zu einer fröhlichen Zusammenarbeit zu gelangen. Der Volksbund reiche Pläne ein und beteilige sich mit seinem Mitteln am Ausbau der deutschen Gräberstätten in jenen Ländern. Hoffentlich komme auch bald eine Veränderung mit Polen zustande, daß der Volksbund an der Ausgestaltung und Ausschmückung des deutschen Kriegsgräberhöfes im Gebiet des polnischen Staates mitwirken könne. Solche Zusammenarbeit diene dem hohen Menschheitsziel der Herbeiführung des Friedens. Das deutsche Volk wolle Frieden.

Blad 14 Jahren.

Am Jahre 1921 wurde der deutsche evangelischen Gemeinde in Genufiofa (Kreis Konin, Kongregation) von der Weibede das Schulhaus mit drei Morgen Land weggenommen. Die einlässige deutsche Schule wurde damals in eine polnisch-polnische umgewandelt. Ein Jahr darauf wurde in der Koniniger Kirchen die Restaurierung gefunden, die den Deutschen das Recht den rechtmäßigen Besitz der Schule und des Landes befristete, Zahlung der Steuern der deutschen Kolonisten um ihren Besitz. Erst jetzt, nach fast 14 Jahren kamen sie zu ihrem Recht. Sie erhielten Land und Schulhaus zurück, sowie 1500 Zloty Aufschubzahlung und Erstattung der ihnen entstandenen Geschickskosten. Die deutsche evangelische Gemeinde hat ihr Eigentum wieder in Besitz genommen. Ob sie nun auch die Genehmigung erhalten wird, die deutsche Schule wieder zu eröffnen?

Ehrung eines östgalizischen Deutschen.

Dem aus Stuttgart gebürtigen Herrer Wilfried Vemp wurde von der theologischen Fakultät der Königsberger Universität die Würde eines Honorarprofessor der Theologie ehrenhalber verliehen. Herrer Vemp ist seit längere Zeit der evangelischen Deutsch-Östgalizien in Stanislaw, Galizien, und Mitarbeiter des Leiters der Deutschen in Galizien, D. Theodor Fickler.

Das „Dziennik Tageblatt“.

Am 31. Dezember 1934 hat das „Dziennik Tageblatt“ sein Erscheinen eingestellt. Das Blatt erschien im 49. Jahrgang im Verlag O. Esfermann G. m. b. H. in Warschau. Es hat seine Besitzer, deren Zahl einmal diejenige des „Dziennik Tageblattes“ übertraf, an dieses Blatt und die mit diesem Blatt verbundenen „Deutsche Tageszeitung“ in Polen“ abgeben müssen.

„Dziennik Tageblatt“ stellt sein Erscheinen ein.

Das seit einigen Monaten herausgegebene „Dziennik Tageblatt“ hat am 6. Januar sein Erscheinen eingestellt. Das „Tageblatt“ war der Nachfolger der deutschnationalen „Dziennik Allgemeinen Zeitung“ und der zentralistischen „Dziennik Landeszeitung“. Die Leitung des Blattes lag in den Händen von Dr. Frith Klein, dem früheren Chefredakteur der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ und letztem Herausgeber der „Deutschen Zukunft“, Hauptstiftsteller war der Zentrumsdirektor Hans von Malotki. Es ist dem Blatt nicht gelungen in Danzig Fuß zu fassen und (mit etwa 2000 Abonnenten) eine Auflagezahl zu erreichen, die ihm seine wirtschaftlichen Unabhängigkeit zu gewissen aufhebenden Freieren hätte ermöglichen können. Das Blatt brachte in seiner letzten Nummer u. a. die etwas unklar behaltene Mitteilung daß es sein Erscheinen wegen „unvorhergesehener Umstände, die außerhalb unserer wirtschaftlichen Verantwortung liegen“, habe einstellen müssen. Das amtliche Organ der NSDAP, „Der Danziger Beobachter“, spricht in einem längeren Artikel, in dem er sich mit dem Verschwinden des „Tageblattes“ befaßt, davon, daß die wirtschaftliche Basis des Blattes nicht aus der Organisation des Schultreibers vor russischen Behörden stammte und nach Galizien überlebte. Er äußerte sich Subventionen von außerhalb bestanden habe und daß gewisse Pläne, die feinerweise zu dieser Zeitungsgründung geführt hätten, mit der allgemeinen politischen Entwicklung der letzten Zeit binfälliger

geworden wären. Die weitere Bemerkung des „Beobachters“, daß das „Tageblatt“ sich „dem Rationalsozialismus an der heiligsten verpflichtet fühlte“, dürfte angelehnt der Tatsache, daß zur Leitung dieses Blattes ein Mann gehörte, der sich im Reich als Hauptstiftsteller einer Tageszeitung nicht behaupten konnte, ebenso berechtigt sein, wie die Feststellung, daß das Blatt sich bemühte, „gemissenen Komplexen Vorwurf zu leisten, die jene Leute gegen den Rationalsozialismus haben, die gemeinlich — vielleicht etwas verzerrt — als Reaktionäre genannt werden.“ Das „Dziennik Tageblatt“ hatte sich nicht erlaubt, „aussonders außerhalb Danzigs Rationalismus gefunden zu haben. Die Ziele Rationalismus aber allen aus den Kreisen kam, die im Rationalsozialismus eine Innheit und ihrem intellektuellen Geltungsbedürfnis unbecommene Entwicklung zu erblicken pflegen, kann man nicht leugnen. Das in Danzig ein unbedingtes Bedürfnis für die Herausgabe eines solchen Blattes vorlag. Und wenn das „Tageblatt“ kloot, daß mit seinem Verschwinden, eine Chance der zeitigen Wahrung in der Bekämpfung der Gegner des den Deutschen und den Polen, daß dieses Blatt es im allgemeinen verläßt hat, seine zeitliche Wahrung in der Bekämpfung der Gegner des den Deutschen und Danziger Staat tragenden Rationalsozialismus zu beweisen.

Wechsel in der Danziger Generalintendantur.

Mit Ablauf der gegenwärtigen Spielzeit wird Erich Orthmann aus der Leitung des Danziger Staatstheaters niedertreten. An seine Stelle tritt der Generalintendant der Joppoter Waldoper, Hermann Metz, unter dessen Leitung hat sich die Joppoter Waldoper zu einer Wagner-Festbühne entwickelt, die neben Bayreuth ihren wohlberühmtesten Ruf genießt. Metz der aus Nürnberg stammt, sich vor dem Kriege als erfolgreicher Schauspieler bemüht hatte und kriegsverletzt aus dem Feld heimkehrte war, kam 1921 als Oberintendant an das Danziger Staatstheater. Später übernahm er die Leitung der Joppoter Waldoper. Daneben leitete er auch die Marienburg-Spielzeile.

Polnischer Literaturpreis für Deutschentum.

Den polnischen Staatspreis für Literatur erhielt die Dichterin Kazimiera Sikomkiewicz. Frau Sikomkiewicz ist 1892 in Krakau geboren worden. Indirekte in Warschau. Sie führt den Titel eines Ministerialrats im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und löst dem Büro vor. Das die „Prinzenkorrespondenz des Marshalls Dilluskiewicz“ erlobt. Als Kritiker ist Frau Sikomkiewicz in Polen außerordentlich achtung. Ferner machte sie sich aber auch einen Namen durch ihr Eintreten für die deutsche Literatur in Polen. Von ihr kommen u. a. die Übersetzungen des „Wallenstein“ und des „D. Esch“ in die polnische Sprache herüber. Sie wurde im vergangenen Jahre zum Mitglied der polnischen Literaturakademie ernannt, hat jedoch bisher diese Würde nicht angenommen.

Polnische Osmarkensulage.

Man erinnert sich noch, mit welchem Eifer die polnische Propaganda früher die preußische Osmarkensulage bekämpfte, sie als einen Beweis für den mangelnden deutschen Charakter der preussischen Ostprovinzen besah und ihre demokratische Wirkung abbrandmarkt hat. Auch jetzt gehört diese einer durchaus liberalisierenden-mehrmehrlichen Denkart entformene Osmarkensulage, die im Namen stehen der Deutschen heute mehr geschadet als genutzt hat, zu den händlichen Russen. Die polnische Propaganda hat sich dem Vorkeinspolitik in den preussischen Ostprovinzen befaßt. Um so erschwärter muß es anmuten, daß die Polen nun selber dazu überreden wollen, für die Beamten ihrer Ostprovinzenstellen eine dem vergrößerten preussischen Vorbild nach entsprechende Gehaltszulage zu schaffen. Nach dem „Kulturroman Kurier Czestochowa“ wird im Warschauer Finanzministerium diese Frage ausgemittelt geprüft. Die polnischen Beamtenverbände haben Zulaufen für jene Beamten verlangt, die im Warschau in Wolhynien und Galizien Dienst tun. Die Zulagen sollen je nach Gehaltsstufe und Ortsklasse 10 bis 20 v. H. des Gehaltes betragen. Eine Veränderung wird darauf hingewiesen, daß die unausgemittelten polnischen kulturellen und Lebensbedingungen in den Ostprovinzen sibirische Verjonen von der Annahme von Stellenange in diesen Gebieten abbrechen. Das Krakauer Blatt erlaubt zu wissen, daß die Forderung der Beamtenverbände im Ministerium wohlwollend geprüft werde und daß bei Ermäßigung dieser Frage der Gehaltsaufschlag je; einen befriedigenden Grenzstreifen in den Ostprovinzen zu bieten, in dem den dort tätigen Beamten eine Zulage zum Gehalt gesichert werden soll.

Verhaftung des Abwehrleiters.

Der Gehaltsleiter und erste Dolmetscher der polnischen Botschaft in Berlin, Kasimir Wajnski, ist am 5. Januar verhaftet worden. Wajnski war jetzt sieben Jahren in der diplomatischen Vertretung des Polens in Berlin tätig. Er gehörte zu den Männern, die schon vor dem Kriege an der Seite Dilluskiewicz standen. In Kongregationen abwandern, mußte er wegen seiner Teilnahme an der Organisation des Schultreibers vor russischen Behörden flüchten und nach Galizien überleben. Er habierte in Krakau, war dort Führer der akademischen Unabhängigkeitsorganisation und rückte zu Beginn des Weltkrieges mit den Legionären ins Feld. 1915 wurde er zur politischen Arbeit abkommandiert. Nach der Errichtung des polnischen Staates war er einige Zeit Abstant

des Marshall'schen. 1920 wurde er dem diplomatischen Dienst zugeteilt; hier 1921 spielte er beim Abschluss des Reger Friedensvertrages eine wichtige Rolle. 1923 bis 1927 war er Vizepräsident in Moskau; im Oktober 1927 kam er nach Berlin.

General Sikorski.

In den letzten Wochen ging das Gerücht durch die 'Presse, daß von den polnischen Regierungskreisen die Wiederinstellung des früheren Ministerpräsidenten und Kriegsministers Sikorski geplant sei. Sikorski gehört zum nationaldemokratischen Lager. Er wurde nach der Ermordung des ersten polnischen Staatspräsidenten (Pilsudski) im Dezember 1925 Ministerpräsident und vertrat die später wieder Sikorski als Kriegsminister. Solange er im Amt war, war er bestrebt, die Politisierung des Offizierskorps im Hinblick auf seine Sinne zu verhindern. Nach dem Ausbruch der Krise ging Sikorski nach Frankreich. Dort lebte er seit Jahren in engeren Beziehungen zu militärischen und politischen Kreisen. Und er wurde, trotzdem seine Nahehaftigkeit mit 'Dulibski' allgemein bekannt ist, von den 'Pariser Kreisen' stets besonders liebenswürdig, mitunter fast wie ein inoffizieller Gesandter, behandelt, vermutlich weil man hoffte, in dem vom Marshall kaltgestellten General für den Fall, daß die Nationaldemokraten in 'Polen' wieder einmal aus 'Rude' kommen sollten, einen besonders einflussreichen Diener der französischen Politik zu besitzen. Sikorski hat häufig als fromm deutschfeindlicher 'Militärschriftsteller' in 'Polen' gearbeitet. Von der nationaldemokratischen 'Presse' in 'Polen' wurde seine Mitarbeit stets hoch geschätzt und auch die französische 'Presse' bemühte sich, ihn gelegentlich in den Vordergrund zu schieben. An einigen 'Pariser' Zeitungen hat er in letzter Zeit mehrfach für die Wiederbefestigung des französisch-polnischen Militärbündnisses Stimmung gemacht. An den polnischen Regierungsblättern, wie dem 'Kurier 'Poranny'', wurde die 'Praxis' mancher französischer Zeitungen, sich in Bezug auf die polnischen Verhältnisse bei den Nationaldemokraten und besonders bei Sikorski zu orientieren, wohl vermerkt. Der 'Kurier' ist sich hier wie auch Sikorski in der Regel der gemeinsamen Einflüsse in 'Polen' auf die Waise. Dann sei es ja falsch, die Kriegsinteressen Sikorski als ein Gebiet zu verpfänden, wo er gar keine Verbindungen besäße. 'Wenn man', so schreibt das polnische Blatt, 'in 'Polen' die politische Lage Frankreichs auf Grund von Äußerungen beurteilen wollte, die von 'Personen' gemacht werden die im polnischen Leben Frankreichs keine Rolle mehr spielen, so könnte man zu ebenso unangenehmen Schlussfolgerungen kommen, wie sie dem 'Kamp' einfielen.' Nach dieser Absicht, die ein der polnischen Regierung nahestehendes Blatt im General Sikorski bereitet, müssen die oben erwähnten Gerüchte über seine bevorstehende Rückkehr nach 'Polen' als eine zufällige Fiktion mit dem Marshall als weniger bearbeitet erscheinen. Von Sikorski wird binnen kurzem ein Buch unter dem Titel 'Der 'Kampf' in 'Polen' erscheinen. Eine deutsche Ausgabe dieses polnisch und französisch erscheinenden Buches soll in Vorbereitung sein.

Ein Widrigkeits in Polen?

Der polnische Reichsbefehlshaber hat mit der Herausgabe eines neuen 'Bibliotheksverzeichnisses', das die Städte, Kreisebezirke und Dörfergemeinden verzeichnet, öffentliche Widrigkeiten einrichtet. Im vergangenen Jahre haben die Selbstverwaltungen in 'Polen' 15 Millionen 'Lotus' für Widrigkeiten ausgeben. Der Schulen 'Bücher' sollen nach in 'Polen' vertrieben werden, ausfindiger 'Autoren' müssen werden. Unzulängliche Ausgaben fremdsprachiger Werke befehlen einer besonderen Genehmigung der Schulverwaltungen. Damit wird vor allem die 'jüdisch-sprechende' Ausgestaltung der Widrigkeiten der deutschen Schulen aus 'schwerer' gehindert.

Memelabordnete verhaftet.

Am 4. Januar trat der Memellandtag zusammen, nachdem die für den 29. Dezember anberaumte Sitzung auf Veranlassung des 'Präsidenten' mit Polizeigewalt verhindert worden war. Es war vornehmlich damit zu rechnen, daß die Revisionisten der 'Preussischen' Reichsbefehlshaber auch diesmal alles anstalten würden, um den Landtag wieder beschlußunfähig zu machen. Die Sitzung wurde vom Gouverneur Dr. Rakowski eröffnet. Als ein Abgeordneter der 'Nationaldemokratischen' Partei dagegen Einspruch erhob, daß der Abgeordnete durch 'Polizei' am Betreten des Sitzungssaales verhindert würde, ferner der Gouverneur an die 'Präsidenten' den 'Rach' zu schicken. Der Abgeordnete ließ sich durch den 'Präsidenten' nicht davon hindern, sich zu stellen, doch die vier Abgeordneten nach dem Willigen das Recht haben, an die Stelle der anderen Landtagsmitglieder zu treten, denn 'Präsidenten' ihrer 'Mandate' entgegen. Mit demselben Zielsetzungen befehlte sich Dr. Rakowski die Erklärung eines Abgeordneten der 'Nationaldemokratischen' Partei über den 'Präsidenten' des Landtages stellte fest, daß der Landtag beschlußfähig wäre, wenn die mit Gewalt von der Sitzung ferngehaltenen Abgeordneten zugelassen würden. Rakowski und Genossen griffen daraufhin zu einem Gewaltakt. Sie ließen den Sitzungssaal durch Kriminalpolizei räumen. Die Abgeordneten verhafteten sich daraufhin im Landtagsgebäude. Die Sitzung wurde von Beamten der litauischen Staatspolizei unterbrochen. Diese forderten die 'Präsidenten' der vier Abgeordneten, die nach dem Geschehen an die Stelle der ausfindigen Abgeordneten nachrückten, vom Gouverneur aber nicht anerkannt worden sind. Der 'Nationaldemokratische' Landtag wird nicht

auf die Immunität der Abgeordneten hin. Es werden verhaftete die litauische 'Polizei' die 'Präsidenten' der 'Nationaldemokratischen' Partei, 'Damasch', 'Schwieland' und 'Matus'. Diese unzulänglichen 'Präsidenten' spielten sich in Gegenwart zahlreicher ausländischer 'Presse' und konfuziarischer Vertreter ab. Der Gouverneur, der seine Unfähigkeit, die Abgeordneten für die Sache des 'Nationaldemokratischen' Regimes durch 'Drohungen' und 'Gewalt' zu gewinnen, eingesehen hat, hat die Session des Landtages geschlossen. Die 'Präsidenten' scheinen damit jeden weiteren 'Zusammentritt' der memelländischen 'Bevölkerung' zu verhindern zu wollen.

Urbildliche 'Präsidenten'.

Am 2. August o. J. übte sich der Jude und polnische 'Reformoffizier' 'Kam' in dem 'Protokoll', daß sich einige 'Deutsche' 'Bevölkerung' der 'Walden', 'Bergingen' und 'Materialeisen' verwalter 'Banduch' und 'Jugentum' 'Diekha', die von einer 'Verdingung' heimkehrten, in einer 'Wismar' 'Straßenbahn' in 'deutscher' Sprache über ein private Dinge unterboten. Der 'Jude' ging an, die 'deutschen' 'Sagbräute' als 'verfluchte' 'germanische' 'Schweine' und 'Hitler' 'e' zu beschimpfen, und ging, als die 'deutschen' sich derartige 'Freiheiten' des 'Juden' 'unzulänglich' verboten, mit den 'Händen' auf die 'deutschen' 'Sagbräute' los. Bei der nächsten 'Haltestelle' 'fuhr' er, da 'insbesondere' die 'indische' 'Freiheit' über den 'polnischen' 'Gehausenismus' 'gelacht' hatte, um 'Hilfe' und die 'deutschen' und 'bieren' 'Frauen' wurden, als sie die 'Straßenbahn' verlassen, von 'Kam' 'erschlagen' und 'ins' 'Jugentum' 'zu' 'den' 'Boden' 'geschlagen'. Der 'Jude' 'Carneim' tat, was 'solche' 'Peine' in 'solchen' 'Fällen' immer tun: Er behauptete, daß er von den 'deutschen' überfallen und mißhandelt worden sei; er rief die 'Gerichte' an und legte mit ungläubiger 'Dreistigkeit' eine ganze 'Liste' von 'Vergehen' zusammen, deren sich die von ihm angepöbelten und angefallenen 'deutschen' 'Sagbräute' angeblich 'schuldig' gemacht haben sollen. Die 'deutschen' sollen u. a. 'Heil' 'Dir' im 'Siegerkranz', das 'Hoff'-'Waffen'-'Kreuz' und das 'deutsche' 'Lied' 'gelungen' und 'Heil-'Hitler-'Völk'-'ausgebrochen' haben. Am 2. Januar kam dieser 'kanakische' 'Vorfall' vor dem 'Kantonsrat' 'Zöller' 'in' 'Kam' 'vor'. 'Kam' war 'mehr' nicht in 'der' 'Klage' der 'deutschen' 'Sagbräute', sondern die 'Klage' des 'Juden' 'Carneim' 'vorhanden'. Die 'Sagbräute' die 'Carneim' anbrachte, teils 'Juden', teils 'Polen', verwickelten sich in allerlei 'Widerprüfungen'; einer von ihnen wurde vom 'Richter' wegen 'Minderjährigkeit' mit 'fortwährender' 'Verhaftung' bedroht. Die 'Verhandlung' konnte unter diesen 'Umständen' nicht 'fortgesetzt' werden. Sie wurde 'verortet'.

Das 'Hilf'-'Heimatmuseum'.

In 'Kam' wurde vor kurzem das 'Heimatmuseum' eröffnet. Damit ist in der 'nordöstlichen' Stadt 'Deutschland' eine wertvolle kulturelle Einrichtung geschaffen worden. Vor einigen Jahren schon war ein 'Heimatmuseum' 'privater' Natur gegründet worden, das jedoch eine für den 'Polen' gänzlich unübersehbare Sammlung von 'Ausstellungsstücken' geblieben war und jetzt den Grundstock zu dem neuen 'Städtischen' 'Heimatmuseum' gebildet hat. In den 'Räumen' der 'Stadtbibliothek' stehen ihm acht 'Räume' zur Verfügung. Durch 'Ausstellungen' wird bei besonderen Anlässen, wie der 'Schenkendorf'-'Erinnerungsfeier' und der 'Erinnerungsfeier' an die 'Befreiung' 'Kam' von der 'Russenherrschaft', wurde das 'Interesse' der 'Bevölkerung' an dem 'Museum' geweckt. Es gingen häufig neue wertvolle Stücke ein, die eine Sammlung haben 'enthalten' sollen. 'Kam' wurde 'mehr' nicht in 'der' 'Klage' der 'deutschen' 'Sagbräute', sondern die 'Klage' des 'Juden' 'Carneim' 'vorhanden'. Die 'Sagbräute' die 'Carneim' anbrachte, teils 'Juden', teils 'Polen', verwickelten sich in allerlei 'Widerprüfungen'; einer von ihnen wurde vom 'Richter' wegen 'Minderjährigkeit' mit 'fortwährender' 'Verhaftung' bedroht. Die 'Verhandlung' konnte unter diesen 'Umständen' nicht 'fortgesetzt' werden. Sie wurde 'verortet'.

Das 'Museum' gliedert sich in drei Hauptabteilungen. In der ersten sind die 'Natur- und Erdgeschichte' der 'Heimat' vereinigt, mozu noch die 'Vorgeschichte' bis zur 'kulturellen' 'Völkerverteilung' durch den 'deutschen' 'Ritterorden' kommt. Die zweite Hauptabteilung ist dem 'Völkstum' gewidmet. Sitten und Gebräuche, 'Polstücken' und das 'Bauernhaus' werden hier veranschaulicht. Die 'Stadtbibliothek' 'Kam' wurde 'mehr' nicht in 'der' 'Klage' der 'deutschen' 'Sagbräute', sondern die 'Klage' des 'Juden' 'Carneim' 'vorhanden'. Die 'Sagbräute' die 'Carneim' anbrachte, teils 'Juden', teils 'Polen', verwickelten sich in allerlei 'Widerprüfungen'; einer von ihnen wurde vom 'Richter' wegen 'Minderjährigkeit' mit 'fortwährender' 'Verhaftung' bedroht. Die 'Verhandlung' konnte unter diesen 'Umständen' nicht 'fortgesetzt' werden. Sie wurde 'verortet'.

Entwicklungen im 'Breslauer' 'Rathaus'.

Die in 'Olland' Nr. 32 vom 28. Dezember 1934 gebrachte 'Notiz' über 'Entwicklungen' im 'Breslauer' 'Rathaus' ist, wie 'vorher' nicht mitgeteilt worden ist, der 'Schlesischen' Zeitung, 'Breslau', entnommen. Als 'Verfasser' zeichnete dort 'Annamaria' 'Schwender'.

Die Verelendung Ostoberschlesiens.

Auf den Wählerbüchern, die zur Donnerstagswahl im Wahlbezirk geboren, und auf der Römberggrube, die der Rühnkner Steinkohlengewerkschaft gehört, ist zum 31. März 1935 jämmtliche Beamten das Dienstverhältnis gekündigt worden. Was mit den Wählerbüchern geschehen soll, steht noch nicht fest. Die Römberggrube soll stillgelegt werden. Ein entsprechender Antrag ist schon beim Demobilisationskommissar eingereicht worden. Wenn dieser Antrag genehmigt wird, und damit ist zu rechnen, werden mehrere 500 Arbeiter in ihre Arbeitslosigkeit überführt werden. Am 8. Januar wurde in einer Protokollversammlung der gewählten Belegschaft der Römberggrube gegen die geplanten Entlassungen Einspruch erhoben. In einer Eingabe an den Wojewoden wurde gefordert, die Stilllegung des Grubenbetriebes zu verhindern. Auch die Belegschaft der Dubenskogrube demonstrierte in einer Versammlung gegen die Entlassung bzm. Curusussverlautbarung von 570 Bergleuten, die von der Rühnkner Steinkohlengewerkschaft auch auf dieser Grube beschäftigt ist.

*

Zu einer aufsehenerregenden Gerichtsverhandlung, die auf die Praktiken der polnischen Finanzämter der deutschen Industrie gegenüber ein beziehendes Licht wirft, endete am 31. Dezember in Chorzow. Die Finanzbehörde hatte den Grafen Nikolaus von Ballstrem mit einer Strafe von 100 000 Zloten belegt. Graf Ballstrem hatte nämlich 1930 von dem Konzern der Triebwerke für Grubenmaschinen geordert. Eine solche Transaktion ist nach den geltenden Steuerordnungen innerhalb von 30 Tagen beim zuständigen Finanzamt zu melden. Die Finanzbehörde behauptete nun, Graf Ballstrem habe ihr überhaupt keine Meldung gemacht. Bei der Untersuchung stellte es sich jetzt aber heraus, daß die Mitteilung der Dachübernahme durch Einfuhrbescheid tatsächlich und rechtzeitig erfolgt war. Der fragliche Brief befand sich bei derselben Behörde, die behauptet hatte, kein entsprechendes Schreiben erhalten zu haben. Das Gericht mußte daraufhin auf Freilassung erkennen. Was geschieht aber mit den Beamten, die in dieser unsittlichen Form die „Interessen des Staates“ gegenüber dem deutschen Industriellen, der als pünktlicher Steuerzahler bekannt ist, vertreten?

*

Nachdem die Rattowitzer Untertagegemeinschaft am 1. Januar bereits einen großen Anstoß von Beamten gekündigt hatte, ist auch 500 Arbeitern zum 15. Januar gekündigt worden. Es handelt sich um 500 Mann der Florentinergrube in Hohenlunde, die bei der Stilllegung des Stimmstichtes in Siemianow und der Grün-Taura-Grube in Chorzow von dieser Anlage übernommen worden waren. Am 8. Januar trat die 1500 Mann starke Belegschaft der Florentinergrube in einen 24stündigen Proteststreik, durch den sich die gesamte Arbeiterchaft des Betriebes mit den von der Entlassung bedrohten Arbeitskolonnen solidarisch erklärte.

*

Für eine der größten ostoberschlesischen Industriegemeinden, Siemianow, ist das Jahr 1934 das schwerste Jahr gewesen, das dieser Ort bisher durchgemacht hat. Seit Jahren bereits liegt der größte Teil der Lohntätigen, des bedeutendsten Siemianowener Industriebetriebes, still. Die noch in Betrieb befindlichen Abteilungen haben das ganze Jahr hindurch mit vielen Schwierigkeiten arbeiten müssen. Daselbst gilt für die Riehterschichte, die die einzige noch in Betrieb befindliche Grube in Siemianow sind, und erst im Dezember noch 320 Arbeiter in Curusussurlaub geschickt haben. Die Kesselfabrik und die Schrauben- und die Riemenfabrik haben ihre Betriebe wegen dauernden Auftragsmangels erheblich einschränken müssen. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen in Siemianow beträgt zur Zeit etwa 9500. Nicht mitgerechnet sind hier die Curusussurlauber, die nur in längeren Zeiträumen arbeiten, und die nichtregistrierten Arbeitslosen. Die beiden städtischen Arbeitslosenkassen werden täglich von 4600 Personen in Anspruch genommen. Die Einnahmen der Stadt gehen ständig zurück. Die Ausgaben dagegen können wegen der häufig steigenden Soziallasten nicht herabgesetzt werden. Siemianow zählt nur 39 000 Einwohner. Demnach ist, wenn man nur die registrierten Arbeitslosen rechnet, mindestens jeder zweite erwerbsfähige Einwohner von Siemianow arbeitslos. Das genügt, um das Elend zu ermessen, das in dieser Gemeinde herrscht.

*

Die Schäden, die infolge mangelhaften Materials an einer Fördermaschine des Wojcikischichtes in Königshütte kurz vor Weihnachten entstanden, werden eine mindestens vierwöchige Stilllegung der ganzen Förderung zur Folge haben. Das bedeutet, daß eine große Anzahl von Arbeitern für lange Zeit in ungenügender Urlaub geschickt werden mußten. Die politischen Zeitungen haben in diesem Zusammenhange eine heftige

Schreibe die französische Leitung der Skarboletem-Gesellschaft eröffnet. Vor allem ist es das Blatt des Wojewoden Grajanki, die „Poljka Zachodnia“, die die Gelegenheit dazu benutzt, die Schädlichkeit der französischen Industrien in Ostoberschlesien an den Pranger zu stellen. Der Leiter der Maschinenabteilung, also der für die beschädigte Fördermaschine in erster Linie Verantwortliche sei der Franjoje Le Cam, im Zehnerfranzöser eines Autokenntnisunterrichtens in Paris und beteiligt an einer französischen Profilmaschinenfabrik. Polnisch verlebte er nicht. Sein Vertreter und der ihm zunächst stehende Ingenieur dieser Abteilung seien gleichfalls Franjoje. An der Spitze der tschechischen Direktion der Gesellschaft standen drei Franjoje. Der Generaldirektor Mijel, der gleichfalls Franjoje sei, sei im fünf Jahren, während er bereits seine Stellung innehatte, ungefähr ein halbes Jahr in Polen gewesen; er verzepte sein Gebilde hauptsächlich in Frankreich, habe sich auch in dem Augenblick, das mit Unglück mit der Maschine passierte, in Paris aufgehalten. Sein Amtsvorgänger habe vernünftigen einen polnischen Sekretär gehabt, Mijel aber habe sich eine junge Franjoje als Sekretärin angefaßt, die dafür das Gehalt eines Direktors bekomme. Ujw. Von polnischen Direktoren der Skarboletem wird von der „Poljka Zachodnia“ vorgeworfen, sie hätten es nicht verstanden, sich den genügigen Einfluß zu sichern. Das Schlimmste aber sei, daß man in dem Büro der Skarboletem-Gesellschaft jeder die deutsche Sprache hören könne. Was diesen „Vorzur“ anlangt, so ist es immerhin denkbar, daß der eine oder andere Franjoje besser die deutsche Sprache beherrschte als die polnische. Aber derartige Angelegenheiten gibt es bei der Skarboletem schon lange nicht mehr.

Die Unzulänglichkeit hat infolgedessen keinen besonderen Erfolg gehabt, die heute gegen die Skarboletem Sturm läuft, noch vor wenigen Jahren nicht das geringste an diesem Unternehmen auszuweisen hatte und auch keinen Anstoß nahm, als die Fördermaschine des Wojcikischichtes in Frankreich bestellt wurde, denn damals galt ihr das ostoberschlesische Hüttenunternehmen, das die Maschine hätte liefern können, noch als „hekatistisches“ deutsches Unternehmen. Überhaupt fand die gesamte polnische Öffentlichkeit nichts dagegen einzuwenden, als unmittelbar nach der Teilung Ostoberschlesiens die dem polnischen Staate zurückfallenden Gruben aus früheren preußischen Fiskus an die von französischem Kapital betriebene Skarboletem-Gesellschaft übertragen wurden. Daran läßt sich die „Poljka Zachodnia“ sehr freilich nicht gerne erinnern. Es wird wohl nicht das letzte Mal sein, daß die Polen Grund haben werden, sich über die schädlichen Folgen ihrer unraunigen Ausbeutungspolitik in der ostoberschlesischen Industrie zu erregen.

*

Im Sommer 1934 hatte der Arbeitgeberverband eine Herabsetzung der Angestelltengehälter um 15 v. H. gefordert, gegen den Widerstand der Betroffenen durch Entscheidung des Ministerrats die öffentliche Arbeiter aber nur eine Erhöhungsum um 8 v. H. durchsetzen konnten. Die damalige Regelung läuft am 31. Januar d. J. aus. Die Angestelltenverbände haben den Tarifvertrag gekündigt und die Aufhebung der Prozentigen Gehaltsenkung gefordert. Der Arbeitgeberverband aber hat behauptet, keine Kündigung erhalten zu haben; zugleich ist von ihm die weitere Senkung der Gehälter um 7 v. H. verlangt worden, so daß damit die im Sommer v. J. geforderte Gehaltsenkung erreicht werden würde. Verhandlungen schweben zur Zeit.

*

Es ist in Polen schon keine Seltenheit mehr, daß sich die von Beschabbau oder Entlassung bedrohten Arbeiter weigern, ihre Arbeitsstätten zu verlassen und in die Hütten zu treten. Am 28. Januar gegen Ende des vorigen Jahres zu diesem verzeimelten Mal, gegen ihre Entrennung und Verelendung zu protestieren, gestritten. Über eine Woche hatten die Bergarbeiter unter Tage aus; sie lebten es leicht dann noch ab, ihren Arbeitsplatz zu verlassen und den Hungerstreik auszugeben, als ihnen das Wasser auf der obersten Sohle, wobei sie sich gestülcht hatten, bereits bis zu den Hüften reichte, die aus Grubenwässern durchsetzte Luft sich immer mehr verbrauchte und die leichten Lampen erloschen. Vier von den 60 unter Tag streikenden Arbeitern, die ausliefen, um für einen völlig erschöpften Kameraden, der die Grube nicht verlassen wollte, eine Ertragshöhle zu holen, wurden von der Polizei nicht gelassen, sondern zurückgelassen. Zweien von ihnen gelang es jedoch, die polizeiliche Überwachung zu durchbrechen und wieder einzufahren. Das Grubengetöse war nun weitly aufgesetzt. Der Demobner hatte sich, da sie für das Leben der Streikenden fürchteten, eine allgemeine Lutrube bemächtigt. Die Arbeiter waren in den Streik getreten, weil ihnen von der Grube die rückständigen Löhne nicht ausgezahlt worden waren. Am 5. Januar endlich führten die Verhandlungen zwischen der Grubenverwaltung und dem Starosten zum Ziele: Die Arbeiter erhielten die Zustimmung, daß ihnen die rückständigen Löhne ausgezahlt werden sollen. Darauf erklärten sie sich zum Streikabbruch bereit. Als sie den Schacht verließen, wurden sie von einer mehrtausendköpfigen Menge empfangen. Derittene Polizei forste dafür, daß es zu keinen weiteren Demonstrationen kam.

Bevölkerungspolitik Estlands.

Die Maßnahmen in Deutschland auf dem Gebiete der Eugenik und der Kampf der deutschen Regierung um die biologische und rassische Gefundung des Volkes, beginnen auch im Auslande ähnliche Bewegungen auszulösen. So hat auch das estnische Volk erkannt, daß der städtisch-liberale Geist, der im Lande einen erfreulichen Umfang angenommen hat, eine ernste Gefahr für die völkische Kraft des Estentums geworden war.

Der Kongreß für die völkische Erziehung, der Anfang Januar in Reval stattfand, zeigte, daß man auch in Estland nicht gemillt ist, die Hände in den Schoß zu legen. Die Verteilung an diesem Kongreß war überaus reger, und die Eröffnungsrede wurde vom Staatsältesten Pats gehalten, der auf den Ernst der Lage hinwies. Es ist im allgemeinen nicht bekannt, daß Estland heute mit seinem geringen Geburtenüberschuß in Europa mit an letzter Stelle steht. Wie überall, so liegen die Geburtenziffern am niedrigsten in den Städten. Da aber der Zug nach der Stadt noch nie vor sehr groß ist, so werden immer weitere Kreise des Volkes von der Kinderlosigkeit erfaßt. In einigen Kreisen Estlands beginnen die Bevölkerungsziffern ihren Absoluten zu sinken, wie z. B. in den Kreisen Vorppe und Selin, die landwirtschaftlich gerade die fruchtbarsten Gegenden Estlands bilden. Diefem Rückgang des Estentums steht jedoch eine starke Vermehrung der russischen Bevölkerung im Grenzgebiete Pefschur gegenüber, und heute schon kann der aufmerksame Beobachter ein fändiges Nachdrängen des russischen Volkstums in die estnischen Gebiete beobachten. Wenn von Seiten der Esten nicht bald energische Schritte unternommen werden, können sich hier in der Stille Veränderungen vollziehen, die auch politisch nicht ohne Folgen bleiben werden.

Die Entwürfer des neuen Landes wurden bisher so von der liberalen und höchlich orientierten Führung nicht gesehen. Erst als in Estland politisch der Liberalismus von einer autoritären Form abgelöst wurde, beglnt man sich auch mit diesen Problemen auseinanderzusetzen.

Der Verein für Eugenik und Genealogie ist nun mit ähnlichen Forderungen an die Öffentlichkeit getreten, die wir in Deutschland zum Teil schon durchgeführt haben. Er verlangt Bevorzugung erbgewandter und kinderreicher Familien auf allen in Frage kommenden Gebieten. Trotz des guten Willens aller beteiligten Kreise in Estland muß doch gesagt werden, daß die Erreichung des Zieltes sehr schwer sein wird, da in Estland die gesellschaftlichen Grundhaltungen sehr verschieden sind. Die Lösung ist aber ganz natürlich zur Lösung dieser Fragen geführt. In Estland jedoch haben diese Erörterungen noch stark akademischen Charakter, und solange das ganze Land nicht von den Gedanken mitgeriffen wird, wird der Erfolg auf sich warten lassen. Wie wenig man sich in diese Fragen in Estland bisher vertieft hat, zeigt, daß man wieder das Gespenst einer deutschen Expansion nach dem Osten herbeißt, um die Esten von der Kinderlosigkeit abzuscheren. Solange man derartige abgedrohte Gefahren notwendig ist, um den Esten zum Kinderreichertum zu bewegen, wird der Erfolg trotz größter Aufmachung noch lange auf sich warten lassen.

Auf dem Kongreß wurde die Bekräftigung der Junggefellten zugunsten der kinderreichen Familien gefordert. Ein Mann, der 30 Jahre alt und noch Junggefellte sei, sagte einer der

Redner, sei ein Feind des Vaterlandes. Ein anderer stellte die Forderung auf, daß vor der Vereinarbeit alle Heiratskandidaten für einer kritischen Untersuchung unterziehen müßten. Um die Vererbung von Erbkrankheiten zu verhindern, müsse ein Sterilisationsgesetz eingeführt werden. Die Staats- und Selbstverwaltungsbehörden müßten bei der Anstellung den Erkränkter kinderreicher Familien den Vorzug geben. Die Kinderreichen müßten besser bezahlt und mit billigeren Wohnungen versehen werden. Bei der landwirtschaftlichen Siedlung seien die jungen erbgelunden Anwärter zu bevorzugen. Es müßte ihnen zur Pflicht gemacht werden, mindestens einen Kinder zu haben. Von einem Redner wurde die Einschränkung der Zulassung im nächsten Jahr gefordert, da die Maßnahme bei der Arbeit einen erheblichen Fortschritt mit einem vermehrten Nachwuchs zu verbinden möglich sei. Estland sollte ein Redner fest, weise noch ausgedehnte ungenutzte Landflächen, die der Kultivierung harren, auf; es sei in der Gage, mehr Menschen zu ernähren als in Dänemark — wenn es sie nur hätte (Estland hat über 1, Mill., Dänemark etwa 3,5 Mill. Einwohner). Welt wurde auf dem Kongreß über die bei der Bevölkerungsabnahme aufgetretenen Störungen geklagt: Auf 100 gesunde Einwohner kommt ein Geisteskranker. Es gebe Aris, die sich durch die Arbeit ernähren; und Frauen mit 6-7 selbstverfüllenden Abgeburten seien keine Seltenheit. Die unehelichen Geburten hätten von 7 auf 10 v. H. aller Geburten zugenommen. Um melioren Haltungen seien 25-30 v. H. der Sterbefälle durch Tuberkulose und 15 v. H. durch Krebs verursacht. U. i. f. Zum Schluß sprach — und das ist besonders bemerkenswert — ein Schulrat Juh über die Schulen und die Kulturautonomie der fremden Volksgruppen in Estland. Wenn wir — das ist der Sinn seiner Ausführungen gemeint — selber nicht genügend Kinder haben, dann müßten wir sie uns bei den anderen Völkern holen. Wie deutsche, schwedische und russische Jugend Estlands müßte zum Estentum erzogen werden. Die Arbeitsplätze der Schulen, die Vorkünder und die Bekräftiger müßten „revidiert“ werden. Das Schulfach der Minderheiten müßte holtvornat werden, u. a. m.

Schließlich löst der Kongreß eine Resolution, in der verlangt wird, daß unverteidigte Personen aus den Staats- und Kommunalinstitutionen zu entlassen sind, wenn sie sich weigern zu heiraten. Ferner wird darauf hingewiesen, daß es Aufgabe der Universitätsverwaltung und der Professoren sei, darauf hinzuwirken, daß die Studenten „fremdnationale Gebräuche“ aufgeben und sich dem Alkoholismus bestreuen. Weiter wurde beschlossen, die estnische Minderheit in Lettland energischer zu unterstützen und einen härteren diplomatischen Schutz für dieselbe anzufordern. Als weitere Forderung wurde die Einführung des estnischen „Bürgerrechts“ und der estnischen Unterrichtssprache an estnischen Schulen an allen fremdsprachigen Schulen gefordert. Um Gelegenheiten zum beherrschenden Geschehen sollten die Kinder sämtlicher Minderheiten, auch aus denen, in denen nur die Mutter Estin ist, zum estnischen Volkstum gelehrt werden. Zum Schluß wurde darauf hingewiesen, daß die Regierung durch Gesetze die Volksvermehrung, Rauffengrundung und nationale Erziehung fördern solle. Dem Staatsältesten soll ein Gesetz eingereicht werden, in dem ein fändiges Institut für die Durcharbeitung der Fragen des Bevölkerungskongresses gefordert wird.

Die Erbhöhe in Ostdeutschland.

In „Wirtschaft und Statistik“ (Nr. 24, 1934) ist auf Grund der landwirtschaftlichen Betriebsabläufe von 1933 eine Übersicht über die landwirtschaftlichen Betriebe veröffentlicht worden, die nach dem Reichserbhöfengesetz voraussetzungslos als Erbhöfe in Frage kommen. Die Angaben sind nicht erschöpfend, da die Erbhöfeneigenschaft aus dem Fehlen von Veräußerung des Gutes gemauerten Unterlagen nicht in allen Fällen mit Sicherheit ersichtlich ist und im einzelnen von der Entscheidung der Erbhöfengerichte abhängt. Die wesentlichen Voraussetzungen der Erbhöfeneigenschaft sind, daß es sich bei dem „Hof“ um ein land- oder forstwirtschaftlich oder auch durch Wein-, Gemüse- oder Obstbau von Eigentümern selbst bewirtschaftetes Bestium handelt, daß er im Alleineigentum einer bauernfähigen Person steht, daß er mindestens eine selbständige Ackeranbauung darstellt und nicht größer als 125 ha ist. Eine feste Grenze nach unten ist im Gesetz für die Größe eines erbhöflichen Bestiums nicht festgelegt worden, vielmehr gilt als zulässige Mindestgröße ein Betriebsumfang, der notwendig ist, um eine Familie unabhängig vom Markt und der allgemeinen Wirtschaftslage zu ernähren und zu deckeln sowie dem Wirtschaftsbau des Erbhöfes zu erhalten. Aus diesen Angaben geht hervor, daß die Zahl der Erbhöfe auf einem bestimmten Gebiet um so größer sein wird, je geringer der Flächenanteil des Hofgrund- oder Gutsbesitzes und je ertragreicher der Boden ist. An der von „Wirtschaft und Statistik“ gebrauchten Übersicht mußte, da eine Erbhöfeneigenschaft nicht vorliegt und die Schöpfung von Erbhöfen allenfalls noch im Gange ist, schematisch vorgegangen werden. Als voraussetzungslos Erbhöfe sind alle landwirtschaftlichen Betriebe von mindestens 7,5 und höchstens 125 ha eigener Fläche

angesehen worden, soweit sie auch im Hinblick auf die Person des Eigentümers den Bestimmungen des Reichserbhöfengesetzes genügen.

Dann kommen in ganzen Reich vorwiegend etwa 845 000 land- und forstwirtschaftliche Betriebe mit Einzelflächen von 7,5 bis 125 ha eigener Fläche als Erbhöfe in Betracht. Die Gesamtzahl aller land- und forstwirtschaftlichen Betriebe mit mehr als 0,5 ha Betriebsfläche beträgt im Reich etwa 3 Millionen. Von allen vorhandenen Betrieben werden also etwa 28 v. H. erbhöflich sein. Rund 2,2 Millionen Betriebe liegen unter der Erbhöfegröße und rund 27 000 Betriebe über der im Gesetz vorgesehenen Höchstgrenze. Die eigenen Flächen der hier als voraussetzungslos erbhöflich angenommenen Betriebe umfassen insgesamt etwa 17,2 Mill. ha; das sind 42 v. H. der gesamten land- und forstwirtschaftlichen Betriebsflächen. Die voraussetzungslos 845 000 Erbhöfe verfügen außer ihrem Eigentum noch über 796 000 ha erpachtete oder unter fremdem Besitzmittel betriebene Flächen. So daß die gesamte bewirtschaftete Fläche der Erbhöfe (Eigen-, Pacht- und sonstiges Land zusammen) etwa 18 Mill. ha beträgt; das sind 44 v. H. der land- und forstwirtschaftlichen Gesamtläche Deutschlands.

Was hier besonders interessiert, sind die Angaben aus „Wirtschaft und Statistik“ über die gebietsmäßige Verteilung der Erbhöfe und der zu ihnen gehörenden Flächen. Die Zahl der Erbhöfe je Flächeninhalt, also die „Dichte“ der Erbhöfe ist am größten in den erpachteten oder unter fremdem Besitz unterliegenden Flächen. An der Spitze steht das sächsische „Dorf“ kommen auf je 1000 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche etwa 48 Erbhöfe. Das reiche nordbayerische „Bauernland“ hat sogar 52 Erbhöfe je 1000 ha aufzuweisen, Südbayern und die Rheinpfalz 26. Auch in Württem-

berg, Sachsen und Thüringen ist die „Dichte“ der Erbhöfe des Reichs: 35—36 je 1000 Ha. Die nordwestdeutschen Gebiete Westfalen und Hannover weisen 37 und 34 Erbhöfe je 1000 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche auf. Das übrige Süd-, Ost- und Mitteldeutschland einschließlich Brandenburg hat 28 Erbhöfe je 1000 ha. Die Ostprovinzen sind Schlesien und die Grenzmark Posen-Preußen hinsichtlich ihrer Erbhöflichkeit am besten gestellt: 30—32 Erbhöfe je 1000 ha. In Pommern und Mecklenburg sind die Erbhöfe am dünnsten verteilt. Um einzelnen geht, was die Ostprovinzen anlangt, die Zahl der Erbhöfe, ihrer Fläche, ihrer durchschnittlichen Größe und ihrer Dichte aus nachstehender Übersicht hervor:

Landestheile	Zahl	Fläche in Quadratmeilen	Flächen-betriebs-fläche	Durchschnitt-liche Fläche je Erbhof	Zahl der Erbhöfe auf 1000 ha
Östliches Reich	845 430	17 224 761	18 000 263	20,4	32
Preußen	69 032	1 624 190	1 608 245	23,7	32
Brandenburg u. Berlin	57 017	1 233 360	1 405 785	25,2	29
Pommern	49 263	934 707	988 798	20,2	24
Sachsen, Ost- u. Westph.	12 671	311 199	320 479	25,6	31
Westfalen	46 983	901 015	895 091	19,8	30
Ober- u. Nieder-Sachsen	18 675	276 242	286 475	14,3	32

Die durchschnittlich auf einen Erbhof entfallende Fläche ist in Ost- und Norddeutschland größer als in West- und Süddeutschland. Betrachtet man die zu den Erbhöfen gehörende Fläche im Verhältnis zu einer Flächeninheit und legt man dabei obenstehende Angaben zugrunde, so findet man je 1000 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche im Durchschnitt des gesamten Reichs etwa 653 ha eigene Fläche der Erbhöfe. Es beträgt die Eigenfläche der Erbhöfe je 1000 ha in

Östpreußen	etwa 642 ha	Grenzmark Posen-
Brandenburg u. Berlin	673	Preußen
Pommern	485	Nieder-Sachsen
		
			etwa 763 ha
		
			549

Ober-Sachsen	etwa 474 ha	Hessen-Kassel	etwa 437 ha
Sachsen	673	Bayern	389
Schlesien-Schlesien	739	Hessen	553
Westfalen	821 ha	Württemberg	543
Hannover	850	Baden	462
Rheinprovinz	431	Baden	462

In Bayern (ohne Pfalz), Hannover und Westfalen sind mehr als $\frac{1}{3}$, in Nordbayern sogar mehr als $\frac{1}{2}$ der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche Eigenfläche der Erbhöfe. Über dem Reichsbuchschnitt liegen ferner die Grenzmark Posen-Preußen, Schlesien-Schlesien und Brandenburg. Nahe an dem Reichsbuchschnitt reicht Ostpreußen heran. Über die Hälfte der landwirtschaftlich genutzten Fläche ist Eigenland der Erbhöfe weiter in Nieder-Sachsen und Württemberg. Weiter zurück liegen Pommern, Ober-Sachsen, Baden, Hessen-Kassel und die Rheinprovinz. Die verhältnismäßig geringste Erbhöflichkeit weisen Mecklenburg und Baden auf.

Es handelt sich, wie schon einleitend gesagt, hier nur um eine schematische Statistik der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe zwischen 7,5 und 125 ha, die voraussichtlich zu Erbhöfen erklärt werden. Tatsächlich werden hier und da Betriebe der auf sich erhaltenden Größenklassen ausfinden, weil sie andere Voraussetzungen der Erbhöflichkeit nicht erfüllen. Und andererseits werden einzelne Großbetriebe (so wie auch kleinere) unter gewissen Voraussetzungen ausnahmsweise und eine große Anzahl Kleinbetriebe (unter 7,5 ha), weil sie als vollwertige „Wirtschaften“ (vor allem in West- und Süddeutschland) gelten können, als Erbhöfe anerkannt werden. Durch die Aufstellung und Befestigung von Größengrenzen werden sich im Laufe der Zeit die Erbhöfe und der Anteil der auf sie entfallenden Fläche vor allem in Ost- und Norddeutschland nicht unerheblich vergrößern lassen, während in Nordbayern die Höchstgrenze des erbhöflichen Landes wohl schon im wesentlichen erreicht sein dürfte.

Ein deutsches Dorf bei Warschau.

Der „Express Voran“ hat ein deutsches Dorf entdeckt. Volker Erkman berichtet dieses hauptsächlichste Blatt von seiner Entdeckung, von der wohl nur diejenigen Warschauer überhaupt sein dürfen, die in Polen ebenjüngst Verweil wissen, wie es bei dem Verfasser dieses Artikels der Fall ja sein scheint. Man könnte dem Blatte nur wünschen, daß es offer solche Entdeckungsfindungen aufs flache Land hinauswürfe. Man kann sich wohl denken, daß so ein Mann von einem Erkman in andere fallen würde, wenn er in die 1500 deutsche Kolonien allein in Kongresspolen und Umgebung stiehe. Und das Erkmanes weiß kein Ende sein, wenn dieser Mann, nachdem er sich das, was an deutschen Siedlungen in diesen Gebieten heute noch da ist, angesehen hat, auch einmal dem nachforschen würde, was es dort früher einmal an deutschen sächsischen und dörflernen Siedlungen gab. Das Dorf, das der „Express Voran“ beschreibt, heißt Rabbial. Es liegt in der Nähe von Warschau.

„Das Dorf hat 54 Häuser und 230 Seelen. Diese Angaben finden wie in polnischer Sprache auf einer Tafel vor dem Hause des Dorfschulzen, obwohl dieser wie auch sein Gehilfe Deutsche sind, was sie jedoch nicht hört. Sonntags in der dierischen polnischen Kirche einberufen. Die nützliche polnische Rationalität ist hier eine beliebige Kopfbedeckung und hängt in jedem Bauernhause an einem Holznagel. Neben ihr hängt die blaue Maciejowka.“

Zu diesem fonderbaren Dorf fährt man einen noch viel fonderbareren Weg. Spahig ist, daß niemand in Wolomin weilt, wie weit es bis zu der Kolonie Rabbial ist. Die Deutschen? Es werden so ungefähr drei Wörfel sein, immer den Weg entlang, und dann muß man sich links halten, auf Stars Grabie zu. Dort steht gleich am Wege ihr Campel (Kirche). Andere wieder erwähnen gleichfalls Grabie, schwindeln aber mit der Kilometerzahl. Der eine sagt acht, der andere zehn. Man hat deshalb keinen anderen Rat, als sich in einem Kornweg zu setzen und die Entfernung selbst zu messen.

Wolomin ist unglücklich schuldig. Solche mit jedem Schwanz ausgestattete Föhrer habe ich nicht einmal in Pöbolen gesehen, das doch berühmt ist durch seine funderbaren Wege, und auch nicht in den Schluchten von Sandomyr. Hier werden die Räder auf der Straße ertränkt, rührt sich die Behälter der Schenke, vor der sich ein unpassierbarer Sumpf erstreckt. Diese Bemerkung über den Schmutz ist nicht ohne Bedeutung. Sie erklärt die fonderbare Abgeschiedenheit von Rabbial, diesem Refektor des Deutschtums.

Wie eine Fliege im Bernstein hat sich das Deutschtum bemerkt, da es durch das ganze halbe Jahr unserer Regenzeit durch einen mächtigen Sampfung von der Welt abgetrennt ist, in der Sommerzeit aber schwer arbeitet und keine Zeit für Spielereien hat.

Es gelangt auch nicht immer, zum Gottesdienst nach der evangelischen Kirche in Rabbial zu durchzukommen, und so mußte sich Rabbial selbst ein Bethaus erbauen. An einem stattlichen einstöckigen Gebäude mit großer Diele befindet sich ein erster Saal mit schwarzem Kreuz an der Wand (ein zweites Kreuz steht auf dem Dach). Hier werden die Religionskinder abgehalten. Der Kantor, Rudolf Zimmermann, versteht die Pflichten eines Seelenhirten und Religionslehrers und ist dem Polnisch-beroolmäßig, Daufen zu polnischem „Begrüßnisse auf den Friedhof zu geleiten. Zur Zeit ist er nicht anwesend, aber

seine Frau gibt uns in gebrochenem Polnisch Erklärungen. Ihr Sohn, der 13jährige Wit, spricht ausgezeichnet Polnisch, da er mit einer Gruppe anderer Rabbialer Kinder in die polnische Schule des Nachbardorfes geht.

Bei dem Dorfschulzen werden wir von seinem Vertreter empfangen, dem Typ eines Bauern aus der Warschauer Gegend mit langen Sisseln und blauer Maciejowka. „Es ist nicht mehr, daß wir nicht polnisch sprechen können“, rechtfertigt er sich in einem barten und pfeifenden Polnisch.

Wir unterhalten uns über die polnisch-deutschen Beziehungen auf dem kleinen Abschnitt der Gemeinde Kencja. Sie sind gut, aber entfernt. Manchmal laßt jemand jemanden, wen zur Hochzeit ein, mal trinkt jemand mit einem ein — mehr aber auch nicht. Sie heiraten nicht untereinander. Jeden jetzt es zu Jahresbeginn. Angeblich sollen die Deutschen verträglich sein.

Die Anwesen sind größer als in den polnischen Dörfern und solide eingezäunt. An der Weggasse hat jedes Ackerchen einen Gann, damit ein verirrtes Kalb oder Pferd die Winterfrost nicht vertriebe. In jedem Gärten werden Erdbeeren angepflanzt. Solch süßere rote Beeren kann man weit finden. Kein polnischer Bauer würde sie in seinen Gärten pflanzen. Die Erdbeeren föhmen; es ist, als ob nur die Deutschen das Geheimnis ihrer Anbau kennen müßten. In den Gärten sind die Wässhmaschinen und Zentrifugen. Auch das ist eine deutsche Spezialität. Auch nicht ein einziger liefert seine Milch an einen Milchpächter ab. Er zieht es vor, selber an der Butter zu verdienen und seine Schweine mit Buttermilch zu mästen. Rübbe haben sie viel mehr als die unfernen. Solch ein Friedrich Jeske verläßt es, auf 30 Morgen 5 fetter Holländerinnen zu züchten.

Wir rasten gerade in seinem Haus. An der Schwelle begrüßt uns das lössrige Gerbete mit einem freundlichen „Guten Abend“, hinter ihr steht die rundliche Frau Jeske, und der Tisch ist an einem Kindergerimmelt besetzt. Jeske, wie der Vater Virginius aus dem Buche hat hundertdreißig Kinder. Drei Generationen von drei Frauen. Mit Vermundung finden wir in dem dreiräumigen, strohgedeckten Haus ein Kinderzimmer, wie ein Krankenhaus mit weißen Betten besetzt. Gerade ist die ganze Kinderföhrer still am Tisch und schreibt langsam und sorgfältig späte Buchstaben. Vor jedem liegt ein dürftiges Schulbuch. „Nun, Kinder hebt die Händchen hoch.“ Ich beginne mit dem Examen. Sie blicken mich aus blauen, nördlichen Augen an. Die Hände werden jedoch nur von den zwei Ältesten gehoben, da nur sie Polnisch verstehen.

Über dem Bett der Eltern hängt kein einziges Familienbild. Dafür ist aber eine Tafel mit der Aufschrift „Gott mit uns“ und ein gelackter Behälter für Wäbzeug mit einer anderen frommen Aufschrift an der Wand angebracht. Von Aufschriften trocken die Handbücher. Solche Deutsche gibt es einige in den Dörfern Cudajki, Lesniokom, Schulpny und Mloty. Woran kann man sie erkennen? Daran, daß sie immer bößlich „Guten Tag“ sagen. Und in der Nacht erkennt man sie an dem elektrischen Lichtschalter.“

Skipfade rund um den „Herzbrunnen Deutschlands“.

Einig schade, daß Victor von Scheffel noch nicht auf Schneefußwaben über die Höhen seines Pielingslandes grommend ist! Sein „Preislied auf die Schönheit des frankonischen Frankenlandes: „Wohlauf, die Zeit geht früh und rein“, wäre dann wahrlich schön in der frühesten Auflageherausgabe, doch auch „zur frühen Winterzeit in der Pande der Franken“ zu lehren. Sie hätte das Lied noch rather nur Puppe zu Puppe weitergetragen, was sich bisher nur die wirklichen Kenner der deutschen Dichtung oder einige „Zünftige“ unter den Freunden der weißen Jahreszeit verraten: sie schon, wie weitentzündet einjam und doch wie so heimelig es im Winter im Frankenwald und im Nibeltegebirge ist!

„Alte Chroniken nennen das Bergland um den Herzbrunnen unjetzt Vaterlandes, dem Main und Eger, Raab und Saale nach allen vier Richtungen der Winde fro entströmen, das deutsche Paradies.“ Allerdings, dies „Paradies“ ist nicht verschollen worden, im Gegenteil: Jenseits des dunkelromantische Nibeltegebirge mit Europas größtem Seelobst, der Culmburg, wie der liebliche, von vielen tiefen-gefurchten Tälern zerteilte Frankenwald, schloßen sich dem Fremden immer weiter göttlich auf. Dies gilt besonders auch für den Winter. Der hält hier in der Nordalbische Bayerns mit seiner glühenden Pracht gültigst seinen kalendermäßigen Einzug und verohrt bis Ende Februar, im Nibeltegebirge sogar bis in den März hinein.

Im Frankenwald, der die 800-Meter-Örre nicht übersteigt, verlocken die langgestreckten Höhenrücken des Skimanderer nor allem zu Schneefußfahrten kreuz und quer „zum im Jahr unentdecktes Gebiet, das er in wackeligen Ecken kennt.“ Ob die Nibeltegebirge nach Sieben oder Kronach, nach Raiba, Bayreuth oder Kulmbach kommt, irgendeine werden ihn die weißen Aufmarschströfen zum Rumm immer zum tannennurftesten Döbra (796 m), dem höchsten Berg des Frankenwaldes, führen. Von hier umfost der Blick am weitesten die sorten Schneefußlinien, die Franken kennzeichnen, die plötzlichen Wäldungen der anderen leicht erreichbaren Berggipfel und die vielen in die weilanente Wälder gebetteten Orte. Vom klaren Winterbimmel heben sich im Osten die Höhenzüge des Spitzgebirges ab, zum Greifen noch sieben Anseher, Ochsenkopf, Watzkeil und die einen Nibeltegebirge strecken im Süden, der Thüringer Wald grenzt im Norden das Bild der weißen Bergwelt ab, und im Westen hebt sich wie eine einsame Insel der Berg des Heiligen Geist von Staffelfein, mit Schloß Bamberg dahinter, aus dem gesegneten Mainlandchaft heraus.

Am Fuß der Döbra liegt, fast 700 m hoch, Schmarzenbach a. W. (Entstehung der Bahnhinie Hof-Raila-Schwarzenbach), der Hauptstützpunkt für Skivanwanderungen über die Höhen und durch die schönsten Täler des Frankenwaldes. Bestes Übungsgelände und Abfahrten von 2-3 km Länge mochen den maulerlich über der Rodach gelegenen Ort zu einem pflanzenreichen Winterortspole. Von hier führen, immer in Höhen von 6-700 m, geschotterte Skivanwanderungen nach allen Richtungen: nach Norden durch den Schiemwald, vorbei an der „Großmutter“ und dem vom Sturm gefüllten „Großpater“, den härksten Geländeten des Frankenwaldes, über Geroldsgrün (610 m) nach Wob Steben (581 m) mit der größten Sprungschanze des Frankenwaldes, oder über Dürrenwald zum hochgelegenen Nordbach (588 m) an der alten Heerstraße Nürnberg-Weipzig, nach Westen über Schwarzenstein, Wallenfels zum Secker oder zur Radpille (619 m), dem Südpfosten des Gebirges. Von hier reist der Blick fast so weit wie vom Döbra, in man kann im Westen sogar die Bastei Burg und im Süden Rulbachs alte Höhenpfortenreihe, die Pfaffenburg, erkennen. Über die Markgrafeneiche (610 m) fährt man bei gutem Schnee zum Jegergrund ab und mitten hinein in die Malschicht Kronach. Wer von Schmarzenbach a. W. nach Süden spuren will, kann eine köstliche Abfahrt über Bischofsmühle, Preßack ins Steinachtal machen oder in

mehr südöstlicher Richtung über den Döbra und das gleichnamige höchtgelegene Kirchdorf Frankens auf dem Höhenzug durch den Riegswald nach dem alten Weberort Helmbrichts (611 m) wandern.

Im nordwestliche Teil des Frankenwaldes ist Steinach a. W. (an der Bahnhinie Coburg-Rothach) der günstige Standort für Skivanwanderer, die von hier weiter Saboten in der Höhe des Jägerunmohenen Ronnefles machen können. Einfame Skipfade führen hinauf zum Wehstein (730 m), nach Döb migschad im Querschnitt und zur Burg Pausenstein, der ehemaligen fränkisch-thüringischen Grenzveste gegen die Slawen, oder über Langenau zum Alexanderbühl und Lettau (620 m). Gar mochen stiebende Abfahrt zum Ohlschlaggrund oder ins Haselhofstal für dort, daß neben dem mehr genießerlich wunderbaren Langäußer auch die immer eilige „Skikanone“ auf ihre Kosten kommt.

Für diese wird fräulich das Nibeltegebirge mochl noch größere Reize haben. Hier sind die Berge um 2-300 m höher, ihre Gänge steiler, die Abfahrten gehen geschnidner, und tiefer noch deckt der Schnee die Granitkuppen der waldreichen Gipfel, die das hüftensförmig nach Osten geöffnete Bergland krönen. Schon bei Markreuth, der „Drehhöhe“, die von hier nach die Eisenbahnlinie Paris-Bayreuth-Prag und Berlin-München-Rom krazen, kann der Skiturist die Brettl schmalen und über Waiselb (550 m) eines der weißen Pilgerfade wählen, die von hier zum Doppelgipfel der Köffine (940 m) führen. Dort hinauf, leitet auch der neue Skima, von Brand an der Bahnhinie Neulorf-Nibeltegebirge, der sich bis ins stillere Seebausgebiet mit dem neuen Unterkunftsbaus in 952 m Höhe fortsetzt.

Vom Unterkunftsbaus auf der Köffine gibt es wunderbare Abfahrten über den Haberstein (850 m) zur Lufenburg oder über Rodententwald nach Waldershof, zum mo aus der Skimanderer zum Steinachwald im Gebiet des Oberpfälzer Waldes herüberwachsen kann, oder über die Höhe Mörz (814 m) und Nibeltegebirge nach Warmenheinaach (6-700 m), der Endstation der Bahnhinie Bayreuth-Warmenheinaach. Dieser schneefreie Höhenluftkurort, in dem alljährlich die fränkischen Skimeistertreffen ausgetragen werden, ist neben Bischofsgrün (700 m), das hoch über mochen, freien Hängen etwas nördlicher liegt, der Hauptstützpunkt für viele schöne Brettlwanderungen im Gebiet des Ochsenkopfs und der Schnerbergkette. Das Gelände mit seinem „Borenpfanncharakter“ ladet Anfänger und Geübte auf Wegen mit „allen Reizungenraden“ zu mutigen Anläufen und „Hängen“ Abfahrten ein. Höhenwanderungen von Gipfel zu Gipfel, von Ausblick zu Ausblick über die lange Schnerbergkette der Bayerischen Ostmark, vom Döbra bis zum Würber im Bayernwald, erlebchen dem rechten Skituristen schon auf wenigen großen Sabten das ganze romantische Grenzgebiet um Deutschlands Herzhorn, der hier oben quillt.

Vom Altentem des Ochsenkopfs (1024 m) mit seinem schönen Unterkunftsbaus führen bequame Wanderungen zum Schnerberg (916 m) (1053 m), dem höchsten Punkt des Nibeltegebirges, und dort zum Ruhardt (972 m), zum Seebaus, zum Haberstein (850 m), zum Rudolfsstein (865 m), zum mo aus über Weihenstadt der einfame Waldstein (880 m) im Skigebiet von Zell oder der stille Kornberg (827 m) bei Kirchbachmisch leicht zu erreichen ist.

Das ausgesidmette Netz der gut markierten Wege mocht den beschidmeten Brettl nach mochen anderen vorfismigenen. Das sindchen dem Wall der weißen Fichten und der schneebeladenen Granitkuppe; ieder führt zu Kraft und Freude auf den Höhen des Winterglücks, ieder schenkt abtr auch neue Einblicke in die Gebiete der großen deutschen Ostmark, die gerade hier in der Bergwelt der Bayerischen Ostmark dem Winterwanderer noch so viel verborgene Schönheit zu offen-

Buchbesprechung

Schlesien, die Brücke zum Osten. Von Alfred Dudeiko. Edwin Ränge Verlag, 1934. 54 Seiten. — Es ist dies ein kleines, aber äußerst lebendiges und instruktives geschriebenes Heft. Bei aller Knappheit der Darstellung sind die wesentlichen Gesichtspunkte, unter denen Schlesien in der Vergangenheit und Gegenwart politisch, ökonomisch und wirtschaftlich zu betrachten ist, klar und gelidnet herausgearbeitet worden. Die Mittelstellung Schlesiens zwischen Ost und West, zwischen Nord und Süd wird von verschiedenen Seiten beleuchtet. Daß es ein kleineres und ein größeres Schlesien (einen Verwaltungsbezirk Schlesiens und ein Schlesien als Siedlungsraum von Menschen [schleischer Stammesart] gibt) und was das in der Vergangenheit bedeutete und in der Gegenwart heißt, das wird in recht anschaulicher und anregender Weise gelidbert. Eine größere Anzahl von Kartenkzinen unterfütten den Text in wirksamer Weise. Die Landschaftszeichnungen, die dem Text beigegeben sind, lassen dagegen nicht zu wünschen übrig. Ihren Zweck erfüllen sie nicht. Im ganzen ist die Prosidre, der ein Vorwort von Carl York von Wartenburg, dem Landesführer Schlesiens im Bund Deutscher Osten, vorausgeht, zu empfehlen. Dr. R.

Personliches.

Geurtslage: Bürgermeister i. R. Max Jung aus Lautenbach, Weipzig, ist Schloß Sommerfeld (Niederlausitz), Altersheim, am 29. 12. 80 Jahre.

Geborene Hochzeit: Postfilistin i. R. August Vogt und Frau Mathilde in Gubrau, Weipzig, am 27. 1.

Am 20. Dezember 1934 nahm Gott nach qualvollem Ende meinen lieben herzensguten Mann den Kantor und Lehrer i. R.

Hugo Weife

im 73. Lebensjahr zu sich in sein himmlisches Reich.

In tiefer Trauer

Margarete Weife, geb. Reder.

Frankfurt a. O., den 3. Januar 1935.

Fräijger Straße 92, I. 1.

(früher Samter, Pofen).